

Hans Harms

## Probleme der Stadterneuerung in Kuba

### 1. Einleitung

Probleme der Stadterneuerung sind (je nach Definition) so alt wie die Stadt. Brände, Kriege und Naturkatastrophen können kurzfristig zu Zerstörungen und Verfall von Städten führen. Eine andere, mehr alltägliche Situation entsteht durch längerfristige Abnutzungs- und Alterungsprozesse von Gebäuden, Infrastruktursystemen und ganzen Stadtteilen, die zu flächenhaftem Stadtverfall führen können, wenn die Schäden, die durch Vernachlässigung der Reparaturen und Instandsetzung der Baustruktur entstehen, nicht durch gezielte Maßnahmen und Investitionen behoben werden. Diese können kontinuierlich oder in gewissen Zeitschüben durchgeführt werden. Hier liegt eine Herausforderung sowohl für die individuellen Nutzer oder Eigentümer der Gebäude oder Grundstücke als auch für die städtische Gemeinschaft. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die eine lokale Planung und Koordinierung vieler Akteure in den betroffenen Gebieten erfordert. Diese städtische oder staatliche Aufgabe, die eine politische Entscheidung für Maßnahmen erfordert, wird heute im allgemeinen als "Stadterneuerung" bezeichnet. Die Dynamik der Stadtentwicklung (ob z.B. Stadtteile kontinuierlich erneuert werden oder verfallen, ob bestehende Baustrukturen durch Abriss und Neubau oder Umbauten verändert werden, oder ob Stadterweiterungen auf anderen Flächen durch Neubau stattfinden) wird von politisch-ökonomischen Prozessen (Wachstums- oder Stagnationstrends) und gesellschaftlich-kulturellen Prozessen (der Wertschätzung und Würdigung alter Baustrukturen oder deren Geringschätzung und kulturellen Abwertung) bestimmt. Bei diesen vielfältigen Prozessen treten Akteure und Interessengruppen auf, die im Rahmen der jeweiligen Organisation der Gesellschaft und des Staates Entscheidungen fällen, Maßnahmen und Investitionen durchsetzen oder nicht. Dabei können kapitalistische privatwirtschaftliche Verwertungsprozesse von Boden und Immobilien (Aufwertung oder Abwertung), staatliche Regulations- und Umverteilungsprozesse sowie auch Nutzungs- und Umnutzungsprozesse der Bewohner, Eigentümer und Nutzer wichtige Rollen spielen. Je nach der Rechtslage und den politischen Kräfteverhältnissen zwischen Ei-

gentümern, Bewohnern und Nutzern und staatlichen Institutionen variieren die Auswirkungen auf die Stadtbevölkerung und auf die sozialen und baulichen Strukturen der Stadt. Stadterneuerung ist Teil der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion von Stadt.

Kuba war eines der ersten Territorien in der Neuen Welt, die von den spanischen Kolonialherren in Besitz genommen wurden, und die letzte Kolonie, die nur nach langen Kämpfen aufgegeben wurde. Die bestehende räumliche Siedlungsstruktur und wirtschaftliche Territorialstruktur wurde durch die spanischen Stadtgründungen zwischen 1512 und 1520 vorbestimmt und war das Ergebnis von fast vier Jahrhunderten spanischer Kolonialherrschaft. Havanna wurde dabei der Hauptausfuhrhafen im spanischen Lateinamerika. Die darauf folgenden 60 Jahre US-amerikanischer Interventionen in Kuba konzentrierten sich neben der Zuckerproduktion auf dem Lande (und der Gewinnung von Nickel) vor allem auf die Entwicklung Havannas.

Die Stadtstruktur Havannas, sowohl der Altstadt als auch der ersten Erweiterungen außerhalb der Stadtmauern, wurde von spanischen Vorstellungen und Planungen geprägt. Die verschiedenen Stadtteile, Architekturen, Gebäude, Straßen, Plätze und Alleen vermitteln das Bild einer über viele verschiedene Epochen gewachsenen Stadt.

Der gegenwärtige Zustand der Gesamtstadt macht einen sehr heruntergekommenen Eindruck, auch wenn mittlerweile eine ganze Anzahl historisch und architektonisch wertvoller Gebäude restauriert oder wieder hergestellt wurden.

In der Altstadt und in den angrenzenden Stadtteilen sind überall Verfallerscheinungen sichtbar, die von abgebrochenen Balkonen, eingestürzten Fassaden bis zu Teilruinen, die noch bewohnt sind, reichen. Die Wohnverhältnisse werden durch diesen Zustand der Bausubstanz erheblich beeinträchtigt. Durch den rapide voranschreitenden Verfall besteht die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der Lebensverhältnisse sowie des Verlustes großer Teile der Stadt (Widderich 1997: 1).

Dies ist der Ausgangspunkt des Beitrags. Als Hintergrund soll zunächst eine skizzenhafte Darstellung der Stadtentwicklung und der Ansätze zur Verbesserung der Stadtstrukturen in Kuba vom Ende der spanischen Kolonialherrschaft bis zum Beginn der Revolution gegeben werden. Danach werden das staatliche Raum- und Stadtplanungssystem, seine Teile und seine Entstehung während drei Jahrzehnten Revolution (von 1959 bis 1989), mit den Ergebnissen, die erreicht wurden, zusammengefasst dargestellt. Dem folgen die neueren Ansätze der Stadterneuerung in der Zeit nach dem

Zusammenbruch des osteuropäischen sozialistischen Blocks, also der "Sonderperiode" (*periodo especial en tiempos de paz*) als Notstandszeit mit den katastrophalen Folgen für den Außenhandel und die Staatsfinanzen Kubas, die für die Stadterneuerung neue Probleme, aber auch neue Möglichkeiten schaffte. Im vorletzten Teil werden dann einige Fallbeispiele auf Quartiers-ebene für die Weiterentwicklung von Strategien der Stadterneuerung in Kuba vorgestellt und zum Schluss wird ein Fazit mit einigen Folgerungen für die Zukunft gezogen.

Die Stadterneuerungsprobleme in Kuba konzentrieren sich vor allem auf die Hauptstadt Havanna. In den mittleren und kleineren Städten ist die aktuelle Problemsituation bei weitem nicht so gravierend wie in der Hauptstadt. Dies hat mehrere Gründe, auf die noch eingegangen wird.

## **2. Stadtentwicklung und Ansätze zur Stadterneuerung vom Ende der spanischen Kolonialherrschaft bis zur Revolution 1959**

Bereits vor der kubanischen Revolution zeigte Havanna, besonders die historische Altstadt, erhebliche Bauschäden und generell eine heruntergekommene Bausubstanz, vor allem in den Gebieten und Wohngebäuden der unteren Einkommensgruppen. Daneben hatte es jedoch in der Altstadt auch Investitionen in Neubauten, wie einigen Banken, Hotels und wenigen Bürobauten, gegeben. Oft wurden dafür wertvolle historische Bauten abgerissen. Ein Prozess der graduellen Umstrukturierung der Stadt und der Umnutzung alter Stadtteile hatte mit dem Ende der spanischen Kolonialherrschaft begonnen, ähnlich wie in den meisten lateinamerikanischen Metropolen der Zeit (Harms 1995; Gormsen 1986).

Neben der Altstadt gab es weitere Gebiete mit erheblichen Stadterneuerungsproblemen, wie z.B. in Teilen von Centro Habana, einem der ersten großen, sehr dicht bebauten Stadterweiterungsgebiete des ausgehenden 19. Jahrhunderts westlich der Altstadt, auch in älteren Arbeitergebieten an den südwestlichen Ausfallstraßen im Stadtteil Cerro, sowie in hafennahen Gebieten und an der sehr stark verschmutzten Bucht. Zudem hatten sich an der Peripherie seit langem eine Reihe improvisierter, von den Bewohnern gebauter *Shantytowns* oder Hüttenviertel entwickelt, *barrios insalubres* genannt. Verglichen mit anderen lateinamerikanischen Großstädten war der Anteil dieser improvisierten Viertel mit 6% der Stadtbevölkerung jedoch gering.

Havanna ist bis heute die einzige Metropole Kubas. Hier konzentrierte sich die soziale und kulturelle Entwicklung des Landes. Die Primatstruktur

zeichnete sich auch durch die ökonomische Dominanz aus, 75% der nationalen industriellen Produktion (außer der Zuckerverarbeitung) befand sich 1959 in Havanna. In der Hauptstadt konzentrierten sich Reichtum, Industriensiedlungen und staatliche Institutionen bei gleichzeitigem Verfall der alten Stadtviertel und der Arbeiterquartiere. Auf dem Lande war die Situation durch sehr geringe Einkommen, ungenügende Infrastrukturausstattung, fehlende Schulen und generelle Unterentwicklung gekennzeichnet.

Aufgrund der kolonialen Vergangenheit und der bis Ende des 19. Jahrhunderts mit Sklaven betriebenen Landwirtschaft (erst 1886 wurden die Sklaven freigesetzt) existiert in Kuba und in Havanna eine sehr heterogene, von vielen ethnischen Gruppen geprägte Bevölkerungsstruktur. Ihre Verteilung im Land und auf die Stadtteile Havannas war in Abhängigkeit von ihrer sozialen Stellung und Hautfarbe sehr unterschiedlich (es existierte eine starke Segregation). In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war Havanna schneller und stärker gewachsen als zu jeder anderen Zeit ihrer Geschichte. Nach dem Ersten Weltkrieg kamen Einwanderer und Flüchtlinge aus dem aufgelösten Osmanischen Reich, aus dem kriegs- und krisenzerrütteten Europa und nach dem Spanischen Bürgerkrieg kamen republikanische Spanier. Alle siedelten sich vor allem in Havanna an und veränderten auch die ethnische Zusammensetzung der Stadt.

### *2.1 Stadterweiterungs- und Modernisierungsboom bis in die 1930er Jahre*

Seit Ende der Unabhängigkeitskriege mit Spanien war die Altstadt vernachlässigt worden. Viele Spanier hatten Kuba verlassen. Ihre Wohngebäude wurden an untere Einkommenschichten vermietet. Auf Instandhaltung wurde nicht geachtet. Damit begann der Verfall des historischen Zentrums. Der einmal eingesetzte Degradierungsprozess des Stadtteils veranlasste die noch verbliebenen spanischen Familien und andere, die es sich leisten konnten, in andere Stadtteile umzuziehen. US-amerikanische Immobilieninteressen monopolisierten danach den Infrastrukturausbau und dominierten zusammen mit reichen spanischen Grundbesitzern die Boden- und Grundstücksmärkte und den Wohnungsbau. Die amerikanischen Autoritäten, die seit der Zeit der Besatzung 1898-1902 das Geschehen in Havanna und Kuba bis 1934 (der formalen Unabhängigkeit von den USA) bestimmten, hatten in den Gebieten außerhalb der Altstadt einige Planungsprojekte zur Modernisierung der Stadt gestartet, vor allem den Ausbau der Infrastrukturnetze (Wasser, Abwasser, elektrische Straßenbeleuchtung, Straßenpflasterung und elektrische Straßenbahnen, die nun die Pferdebahn ersetzen). Durch den

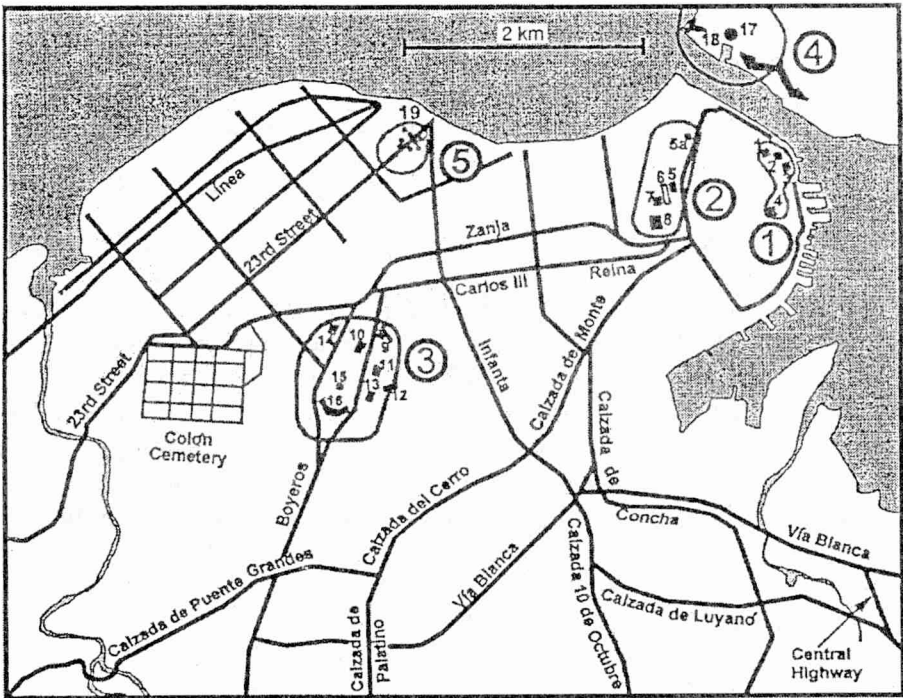
Ausbau der Uferstraße (*Malecón*) wurde die Altstadt mit den neu entstehenden bürgerlichen Stadtvierteln und Vororten verbunden. Diese Straße erleichterte zuerst die Entwicklung von Sommerhäusern der Elite und dann ihren völligen Auszug aus der Altstadt und den frühen stadtnahen und höher gelegenen vornehmen Vororten (wie z.B. Cerro). Während dieser Stadterweiterungs- und Modernisierungswelle lag die Produktion der Stadt in den Händen der bereits genannten Akteure, der vorwiegend spanischen Grundbesitzer und der oft amerikanischen Entwicklungsträger, und erfolgte nach den Regeln kapitalistischer Grundstücks- und Immobilienverwertung im Rahmen schwacher städtischer Bauvorschriften. Die Richtung der neuen Stadtentwicklung verlief vor allem entlang der Atlantikküste nach Westen und landeinwärts nach Südwesten. Mit dem Bau der reichen und begrünten Stadtteile Vedado, Miramar und Country Club nahm auch die Rassen-segregation und soziale Stratifikation in der Gesamtstadt zu (Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 53). (So war es z.B. Schwarzen vor 1959 verboten, im Stadtteil Miramar zu wohnen.) Die Altstadt und die Arbeiterquartiere wurden weiter vernachlässigt, die Wohnungen dort waren stark mit Familien der unteren Einkommensgruppen überbelegt, vor allem seit die Wohlhabenden und Reichen diese Stadtteile verlassen hatten (siehe Abb. 1: Fünf Zentralitäten in Havanna).

Mit der Revolution ab Januar 1959 veränderten sich radikal die Zukunft und die Aussichten für Stadt und Land. Dem Wachstum Havannas wurde Einhalt geboten, es wurde nicht mehr in die Stadt investiert und "Havanna wurde als einzige Stadt in Lateinamerika zum Museum dieser Welle der Modernisierung" (Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 85).

### **3. Entstehung der staatlichen Stadt- und Regionalplanung in drei Jahrzehnten der Revolution**

Nach dem Sieg der Revolution wurde mit Energie und Enthusiasmus ans Werk gegangen, um eine neue Gesellschaft und eine neue Realität zu schaffen. Ziel der neuen Regierung war es, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, eine sozial gerechtere Gesellschaft zu schaffen und die vorhandenen Disparitäten zwischen Havanna und dem Rest des Landes auszugleichen. Erste Maßnahmen waren die Alphabetisierungskampagnen auf dem Lande und gesellschaftliche Umverteilungen in den Städten über Mietreduzierungen und Lohnerhöhungen.

Abb. 1: Fünf Zentralitäten in Havanna



- 1) Koloniales Zentrum; 2) Erste Republik 1902-1930; 3) Zweite Republik 1930-1958;  
4) Serts Vorschlag: Präsidentenpalast 1957; 5) Touristenzentrum 1950.

Quelle: Segre/Coyula/Scarpaci (1997)

Zu Beginn dieser neuen Zeit hatte die Hauptstadt (in ihren damaligen Grenzen) 1,4 Millionen Einwohner oder etwa 25% der Gesamtbevölkerung Kubas (von 6 Millionen). In 14 mittelgroßen Städten zusammen lebten etwa eine Million Einwohner. Die Stadt Havanna wurde von der Revolutionsregierung als Ort der Ausbeutung und des Lasters angesehen, wo die kubanische Bourgeoisie, die ausländischen, vor allem US-amerikanischen Firmen und mafiöse Gruppen ihren Sitz (und ihre repräsentativen Bauten) hatten, um die Reichtümer Kubas für ihre Zwecke zu nutzen und auszuplündern. Stadtplanung und Stadterneuerung waren daher im ersten Jahrzehnt der Revolution kaum als Problem oder als Aufgabe für die neue Regierung angesehen worden, außer zur Verbesserung der Wohnbedingungen der Arbeiter in der

Stadt und der armen Zuwanderer vom Lande in den *Shantytowns* an der Peripherie.

### 3.1 Erste Maßnahmen: Städtische Reformen, Abschaffung des Immobilienmarkts

Die ersten Programme der neuen Regierung zielten darauf ab, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern und mit dem Neubau von Wohnungen sobald als möglich zu beginnen. Die Spekulation mit Boden und Wohnungen sollte unterbunden werden. Dazu wurden bereits im März 1959 die Wohnungsmieten (um bis zu 50%) auf 10% des jeweiligen Haushaltseinkommens herabgesetzt und Wohnungsräumungen aus Gründen des Mietrückstands eingestellt. Mit den städtischen Reformgesetzen (*reforma urbana* 1960) wurde der Preis für unbebaute städtische Grundstücke auf 4 Pesos pro Quadratmeter festgelegt. Im Effekt war mit diesen Maßnahmen der Boden- und Immobilienmarkt außer Kraft gesetzt worden.

Es folgte 1960 ein Programm für den Abriss der größeren *Shantytowns* (*barrios insalubres*) in Santiago de Cuba und in Havanna in Verbindung mit einem Ansatz, der vorsah, über staatlich organisierte Gruppenselbsthilfe neue Siedlungen mit den Bewohnern zu bauen. Das Ministerium für Öffentliche Aufgaben (*Ministerio de Obras Públicas*) hatte das Programm durchgeführt, zusammen mit dem Ministerium für Soziale Wohlfahrt, das die Voruntersuchungen und die Mobilisierung der Bevölkerung geleitet hatte. In Havanna waren die Bewohner aus drei großen *Shantytowns* in fünf neue Wohngebiete umgesiedelt worden, die mit Schulen, Gesundheitszentren und aller sozialer Infrastruktur ausgestattet wurden. Jede Familie hatte sich mit 24 Arbeitsstunden wöchentlich am Bau beteiligt. Zahlen darüber, wie viele *Shantytowns* in Havanna und den anderen Städten abgerissen worden waren, schwanken erheblich (vgl. Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 131). Das Programm wurde jedoch nach einem Jahr aufgegeben und das Ministerium für Soziale Wohlfahrt aufgelöst. Gegner des Selbsthilfeansatzes kritisierten die geringe Produktivität beim Bauen und die weiterhin bestehende soziale Marginalisierung dieser Bevölkerungsgruppe.

Die Kritiker gewannen politisch die Oberhand, z.T. mit der Vorstellung, dass Zentrale Planung mit modernen Technologien und ohne Sozialarbeit die Probleme besser lösen könnte. In dem östlich der Hafeneinfahrt gelegenen Stadterweiterungsgebiet Habana del Este und am Platz der Revolution wurden danach Wohnsiedlungen nach den damaligen internationalen Vorstellungen gebaut. Im hoch zentralisierten Ministerium für Konstruktion (MIN-

CON) wurde die Industrialisierung des Bauens mit standardisierten Einheits-typen meist viergeschossiger Bauten für die ganze Insel geplant. In den 70er Jahren hatte eine Diskussion begonnen, die diese Form der Stadterweiterung an der Peripherie und der Wohnungsproduktion nach Quantität mit Argumenten der Stadtqualität stark kritisierte (Coyula 1994; 1985). Der zunehmende Druck der amerikanischen Blockade, der Invasionsversuch an der Schweinebucht Anfang der 60er Jahre, die Raketenkrise und die Verknappung ökonomischer Ressourcen des Staates, auch durch erhöhte Militärausgaben, führten dazu, dass die Stadtentwicklung in Havanna zunächst nur in sehr geringem Maße weitergeführt wurde. Nur in Habana del Este und in der noch weiter westlich gelegenen Großsiedlung Alamar wurden weiterhin staatliche Wohnungen gebaut.

### *3.2 Regionalentwicklung und Aufbau der staatlichen Planungsstruktur*

Havanna wurde nun bewusst durch eine anti-urbane Politik der dezentralisierten Entwicklung vernachlässigt. Dafür wurde die Entwicklung auf dem Lande und in den mittelgroßen Städten vorangetrieben. Eines der revolutionären Ziele war, die große Ungleichheit der Entwicklung im Lande abzubauen. Dazu wurden nach der Agrarreform von 1963 über 150 neue Dörfer und Wohnungen für landwirtschaftliche Arbeiter der großen Zucker produzierenden Staatsfarmen und für landwirtschaftliche Kooperativen gegründet. (Die Zahl wurde später auf über 300 erhöht.) Neue Schulen und das Gesundheitswesen auf dem Lande wurden aufgebaut, sowie die landwirtschaftliche Produktion diversifiziert und weiterverarbeitende Industrien neu gegründet. Fidel Castro hatte erklärt, dass "Kuba ein Minimum an Urbanismus und ein Maximum an Ruralismus" benötige (Eckstein 1977: 443; Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 221). In Havanna wurde kaum investiert, bis man in den 80er Jahren merkte, dass die Hauptstadt ein produktiver Bereich und ein Ort ist, der nicht länger außer Acht gelassen werden kann.

Wie wurde die Entwicklung außerhalb Havannas gesteuert? Die ersten Verbesserungen alter Wohnquartiere für Arbeiter der Zuckerplantagen und Raffinerien sowie neue Bauprojekte in landwirtschaftlichen Genossenschaften und Staatsfarmen wurden 1959 vom Ingenieurkorps der Rebellionsarmee durchgeführt. Zu der Zeit plante und baute auch das Nationale Wohnungsinstitut (INV) innerhalb von zwei Jahren fast 10.000 Wohnungen (zum Teil mit Geldern der nationalen Lotterie) in vielen Projekten im ganzen Land und auch in Habana del Este. In den ersten Jahren wurden somit einige weniger



zentral geplante Experimente von verschiedenen Organisationen durchgeführt.

Die Leitung der Stadt- und Regionalplanung in Kuba lag zunächst (1960) beim Amt für "Physische" oder Raumplanung (*Dirección de Planificación Física – DPF*) im Ministerium für Öffentliche Aufgaben (*Ministerio de Obras Públicas*), das aus vorrevolutionärer Zeit stammte und "deren Aufgaben sich im wesentlichen aus den traditionellen Bereichen der Stadtplanung, der Bildung der organisatorischen und technischen Basis für die Planung und aus der Beschaffung von Informationen über das jeweilige Territorium zusammensetzen". 1965 wurde aus dieser Einrichtung das Raumordnungsinstitut (*Instituto de Planificación Física – IPF*) (Anders/Beckmann 1999: 42).

Dann wurde die Zentrale Wirtschaftsplanungskommission JUCEPLAN gegründet, und die Raumplanung über das IPF wurde ihr zugeordnet. Damit war die erste Stufe einer Planungsstruktur geschaffen worden, mit der die Entwicklung in den Provinzen und die Wirtschaft des Landes geplant wurde.

Um die strukturellen Unterschiede zwischen Stadt- und Raum- bzw. Regionalplanung in Kuba (als einem sozialistischen Land) und z.B. Deutschland zu verstehen, ist es wichtig festzuhalten, dass in Deutschland Stadt- und Raumplanung als behördliche Planung von Wirtschaftsplanung durch privatwirtschaftlich organisierte Firmen und Investoren getrennt ist. Die behördlichen Pläne, auch die Stadterneuerungspläne, sind im westlichen Europa u.a. als Vorgaben für Investitionen zu sehen. Die Planverwirklichung hat durch privat wirtschaftlich organisierte Firmen und z.T. durch private Haushalte oder Eigentümer zu erfolgen.

Räumliche Planung und Planverwirklichung sind in Kuba mit der wirtschaftlichen Planung und Entwicklung des ganzen Landes auf allen Ebenen verknüpft, also auch aufeinander abgestimmt und voneinander abhängig. Eine "Arbeitsteilung" in öffentliche Raumplanung und privates Wirtschaften, wie sie die Planungspraxis in der BRD ständig begleitet, gibt es nicht, da die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft verstaatlicht sind (Wolff u.a. 1993: 46; nach Widderich 1997: 30).

Diese Verflechtung zwischen (zentraler) Raum- und Wirtschaftsplanung, also zwischen der Lokalisierung der Entwicklungsprojekte und der Investitionsbereitstellung und Durchführung der Projekte prägen den Aufbau des staatlichen Planungsapparates.

### 3.3 Phasen der Entwicklung des Planungssystems

Hier ist es sinnvoll, die verschiedenen Phasen der Entwicklung dieses Systems und seiner Elemente aufzuzeigen. In der ersten Phase, d.h. in den ersten Jahren der Revolution, wurde der Aufgabenbereich des Ministeriums für Öffentliche Aufgaben, das bisher schon die städtische und regionale Infrastrukturplanung bearbeitete, stark erweitert. Es sollte, im Rahmen des übergeordneten Ziels der Aufhebung der Gegensätze von Stadt und Land, die Landwirtschaft umorganisieren, den agrarischen Raum umstrukturieren und besser mit technischer und sozialer Infrastruktur ausstatten. Dazu war 1959-1960 mit der ersten Agrarreform der Großgrundbesitz verstaatlicht worden. Es gab jedoch keine Zwangskollektivierung der Kleinbauern. Die kapitalistischen Großbetriebe der Zuckerproduktion wurden in Staatsfarmen umgewandelt. Die Mittelstädte wurden als Entwicklungszentren für verarbeitende Industrien und für bisher nicht vorhandene Dienstleistungen vorgesehen. Das Raumplanungsinstitut (IPF) spielte eine wichtige Rolle in der Reorganisation des nationalen Territoriums für die staatliche landwirtschaftliche Produktion. Es plante auch den Grüngürtel für Havanna.

In der zweiten Phase, etwa 1965 bis Ende der 70er Jahre, lagen die Prioritäten auf dem Aufbau einer modernen Landwirtschaft und generell der ländlichen Entwicklung. An erster Stelle lag die Zuordnung der Bodennutzungen und an zweiter Stelle die funktionale und territoriale Organisation der ökonomischen und sozialen Aktivitäten. Mit der Gründung der regionalen oder Provinz-Raumordnungsbehörden (*Direcciones Provinciales de Planificación Física – DPPF*) wurden dann sektorale Pläne der einzelnen Ressort-Ministerien und regionale Entwicklungspläne und Programme auf der Ebene der Provinzen koordiniert. Besonders der Zuckerplan (*Plan Azucare-ro*) wurde mit der Regionalplanung abgestimmt.

Ergebnis hiervon war eine neue Bodenordnung, die ökonomische Interessen mit den sozialen und administrativen verband. "In den folgenden Jahren gab es einen großen Investitionsimpuls im Bausektor, auf dessen Basis die Gründung von neuen Gemeinden und große Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt wurden" (Sack 1994: 26). Hierunter sind vor allem der Bau von Straßen, Häfen und Energieversorgungsanlagen und der Bau von Gesundheits-, Ausbildungs-, Tourismus- und Sporteinrichtungen zu nennen (Anders/Beckmann 1999: 43).

In dieser Zeit legte das IPF Kriterien und ein System für die Lokalisierung der regionalen Investitionen und Dienstleistungen im Rahmen der nationalen Entwicklungspläne sowie der regionalen Pläne fest. Die Kriterien wurden in den nationalen physischen (oder Raum-) Plan, in die Provinzraumpläne, die städtischen Masterpläne und die Projektzonen aufgenommen.

Die großen Entscheidungen von überörtlicher Bedeutung über die Umstrukturierung der Landwirtschaft, der Regional- und Wirtschaftsentwicklung und der Investitionsplanung für den Ausbau der landesweiten Infrastruktur wurden nun zentral gefällt und über die National- und Provinzpläne von oben nach unten durchgesetzt. Damit war 1965 eine "Institutionalisierung" (wie es auch in Kuba genannt wurde) der politischen Planung und der Verwaltungs- und Entscheidungsstruktur erreicht worden, und zwar geführt von der kurz zuvor neu formierten Kommunistischen Partei Kubas (PCC) und ihres Zentralkomitees. Dies war auch im Rahmen der Eingliederung Kubas in den RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) des Ostblocks geschehen, in dem Kuba "arbeitsteilig" Aufgaben wie die Zuckerproduktion u.a. übernehmen sollte. (Dies hatte auch durch sowjetische Beratung zu einer weniger diversifizierten Landwirtschaft geführt als in den anfänglichen Jahren der Revolution.)

Aber die lokalen Probleme, besonders der Stadterneuerung, bestanden weiter und nahmen zu. Inzwischen hatte sich in den Innenstadtbereichen und vor allem im Baubestand Havannas ein Defizit an Instandhaltung der Gebäude und der Infrastruktur aufgestaut, der ohne (und selbst mit) lokalem Wissen um Details nur schwierig von zentralen Planungsbehörden eingeschätzt und problemadäquat geplant werden kann. Stadterneuerungsprobleme sind typischerweise zum großen Teil lokale Probleme, die das tägliche Leben der Bewohner stark beeinflussen, die lokal analysiert und mit lokalen Maßnahmen, jedoch mit finanzieller Unterstützung der Zentralregierung, angegangen werden müssen. Die Mittel dazu können auf lokaler Ebene allein nicht beschafft werden, da die betroffenen Gebiete generell die ärmeren sind. Hierzu gab es zwar Diskussionen von unten in den Massenorganisationen und auf Stadtteilebene, aber sie wurden in den oberen Entscheidungsebenen der zentralen Planung und der Ministerien nicht wahrgenommen, oder man wollte sie nicht wahrnehmen, weil sie als im "nicht produktiven" Bereich liegend angesehen wurden und sie auch ein Teilen der Entscheidungsbefugnisse und damit der Macht bedeutet hätten. Die Ministerien sahen sich selbst als die wichtigsten Institutionen der revolutionären Macht.

Bereits in den frühen 60er Jahren hatte es Konflikte gegeben, als Forderungen nach Dezentralisierung von Entscheidungen aufkamen. Von 1964-1970 war auch eine große öffentliche Debatte geführt worden, darüber, was der beste Weg zum Aufbau des Sozialismus sei. Die Ideen des französischen Ökonomen Charles Bettelheim, der einen "Marktsozialismus" mit sich finanziell selbst tragenden Staatsbetrieben vorschlug, um damit eine materielle

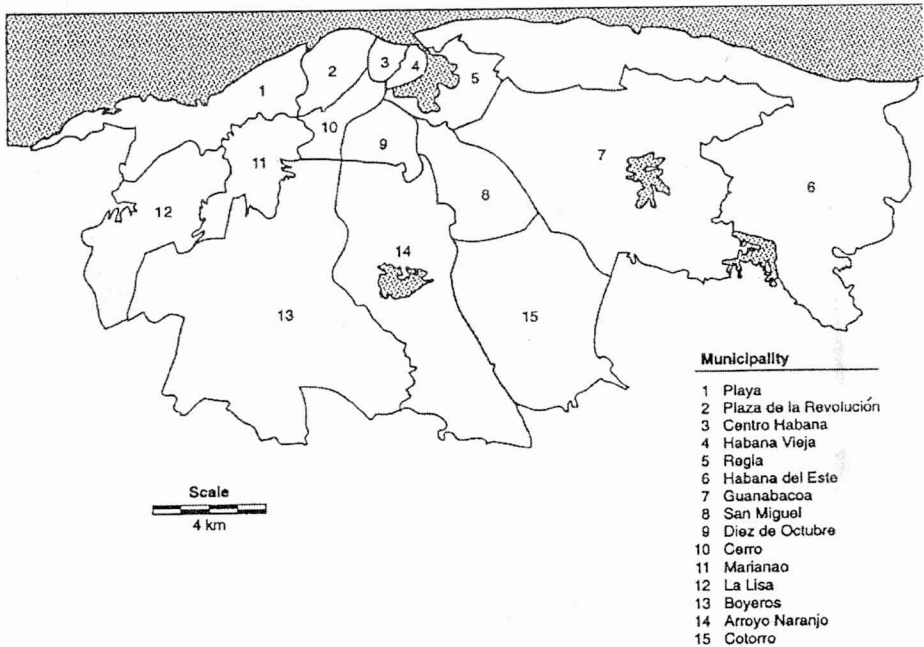
Basis für das Revolutionsziel der sozialen Gerechtigkeit zu schaffen, standen dem Modell der zentralisierten Ministerien und der orthodoxen sowjetischen Berater gegenüber (vgl. Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 135). Mit der Einführung eines neuen politischen Elementes, der "lokalen Macht" (*poder local*) 1966, sollte dann eine Dezentralisierung mit Entscheidungsstrukturen in den Städten und Stadtbezirken erreicht werden. *Poder local* war in jedem *Municipio* (Gemeinde oder Stadtbezirk) eingeführt worden und bestand aus einer Volksversammlung (*asamblea popular*) und einem Ausführungskomitee (dem die Verwaltung unterstehen sollte), seinem Präsidenten, zwei Sekretären und zehn Delegierten, die direkt in Volksversammlungen gewählt wurden. Die Delegierten waren ihren Wählern gegenüber direkt verantwortlich (etwa entsprechend dem Prinzip der räte-republikanischen "direkten Demokratie"), aber die Präsidenten der Ausführungskomitees wurden (entsprechend des Prinzips der "führenden Rolle" der Partei) von der Kommunistischen Partei des Bezirks gewählt. Diese Präsidenten sollten auf nationaler Ebene die Koordination der "lokalen Macht" herstellen! Zu dieser Zeit wurde auch die Verwaltung der Metropole Havanna geschaffen, und zwar mit dem Status einer Provinz. Für dieses Gebiet der Stadt Havanna, als neuem zusammenhängendem Territorium von 15 Munizipien (siehe Abb. 2 und 3), wurde 1963-1964 der erste Masterplan nach der Revolution erstellt.

In der dritten Phase, ab 1976 bis Ende der 80er Jahre, verlagerten sich die Prioritäten von der Regionalplanung auf Stadtplanung. 1976 wurde auf nationaler Ebene eine Gebietsreform durchgeführt, und an Stelle der historischen sechs wurden 14 Provinzen etabliert. Dies war 1975 vorbereitet worden (zunächst nur in der Provinz Matanzas) und führte mit vielen öffentlichen Diskussionen und einer Volksabstimmung zu einer Verfassungsänderung, die die Volksmacht (*poder popular*) als parlamentarische Institution einführte, deren Organisationsstruktur mit den Ebenen Nation, Provinz und Munizip ihre Entsprechung in der Verwaltungsorganisation fand. Mit der Einführung der Gebiets- und Verwaltungsreform waren auch die fünfjährigen nationalen und Provinz-Haushalts- und Wirtschaftspläne eingeführt worden. Mehrere Faktoren haben auf die Stadt- und Regionalplanung entscheidenden Einfluss (vgl. Anders/Beckmann 1999: 43 und Sack 1994: 41):

- *Poder Popular* als Parlamentsform der gewählten Volksversammlungen (*asambleas*) und als Verwaltungsstruktur (die z.T. aus den Ausführungskomitees entwickelt wurde), ist von unten nach oben dreistufig (municipal, provinzial, national) aufgebaut. Entsprechend hierarchisch sind die einzelnen Ressortverwaltungen der Ministerien von oben nach unten

gegliedert. In der Raumplanung sind es auf nationaler Ebene: das *Instituto Nacional de Planificación Física (IPF)*, auf Provinzebene: die *Direcciones Provinciales de Planificación Física (DPPF)*, und auf Stadt- oder Munizipebene die *Direcciones de Arquitectura y Urbanismo (DAU)*.

**Abb. 2: Havannas 15 Munizipien seit 1976**



Quelle: Segre/Coyula/Scarpaci (1997)

- Verschiedene Entwicklungspläne, u.a. der *Plan Director Municipal*, also der Stadtentwicklungsplan, gehen aus den Fünf-Jahres-Wirtschaftsplänen hervor. So wird die Raumplanung mit der nationalen Wirtschaftsplanung abgestimmt.
- Im Rahmen der seit der Gründung des *Poder Popular* angestrebten Dezentralisierung und zur Stärkung der unteren Ebene entstand Ende der 80er Jahre eine neue Institution unterhalb des Stadt- oder Stadtteilrates (*Asamblea Municipal*), nämlich der auf Quartiersebene angelegte *Consejo Popular* (Quartiers-Volksrat). Er soll verschiedene Aufgaben im sozialen und im lokalen ökonomischen Bereich bestimmen und ist darüber hinaus verantwortlich z.B. für die Reparatur von Straßen und Fußwegen,

für die Reparatur von Wohnungen (zusammen mit den sozialen Mikrobrigaden) und für die Kontrolle des Verkaufs von Baumaterialien an die Bevölkerung und anderes mehr. Die finanzielle und materielle Ausstattung der *Consejos Populares* liegt bei den Provinzräten. (Der Tätigkeitsbereich des *Consejo Popular* zeigt eine sehr breite Aufgabepalette, die mehr einer zu erfüllenden Wunschliste entspricht, als ein realistisches Arbeitsfeld im Kontext der sehr geringen Haushaltsmittel und einer Ökonomie des Mangels.)

**Abb. 3: Havanna: Bebautes Gebiet mit Ortsnamen**



Quelle: Segre/Coyula/Scarpaci (1997)

### 3.4 Ergebnisse der dezentralen Regionalentwicklung

Hier soll das positive Ergebnis der Politik der dezentralisierten und egalitären Regionalentwicklung (bis Mitte der 80er Jahre) als eines der Hauptziele der kubanischen Revolution kurz zusammenfassend dargestellt werden:

Ein zentrales Ergebnis [...] war eine mittelfristige und breite Erhöhung des Lebensstandards: Vor allem zwischen 1970 und 1985 hat es in Kuba ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum [von durchschnittlich 6,3% pro Jahr, H. H.] gegeben. Dass dieser ökonomische Erfolg im Gegensatz zum restlichen Lateinamerika – dem Kontinent mit den größten Einkommensunterschieden weltweit – gleichzeitig zu einem allgemein steigenden Lebensstandard der Bevölkerung führte, ließ Kuba nicht nur in der Region zum Sinnbild einer gerechteren Entwicklung werden. Bescheidener “Wohlstand für alle” war in Kuba nicht nur eine plakative Parole; die Forderung schien sich der Wirklichkeit immer stärker anzunähern. Dabei wurde zuallererst der öffentliche Sektor massiv ausgebaut. Wie in allen staatssozialistischen Ländern kränkelte allerdings auch in Kuba der private Konsumsektor – es gelang nie, für die Bevölkerung eine Konsumgüterindustrie aufzubauen.

Ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum, ein zusammenhängender Auf- und Ausbau vorbildlicher Sozialsysteme, eine relativ nivellierende Lohnpolitik (die maximalen Lohnunterschiede standen z.B. im Jahre 1989 in einer Beziehung 4,5 zu 1) sowie eine exponierte Kultur- und Sportförderung führten schließlich zu einer deutlichen Vereinheitlichung der Gesellschaft: Der Anteil der 40% Ärmsten Kubas am gesamten Volkseinkommen betrug 1953 6,5%, 1986 waren es 26%. Der Anteil der 10% Reichsten im Jahre 1953 lag bei 39%, 1986 bei 20%. Zum Vergleich: In Lateinamerika liegt der Anteil der Reichsten (meist zwischen 5-10% der Bevölkerung, H. H.) am Volkseinkommen bei über 50%. Daten von 1989 belegen, dass auf der Insel die zentralen Strukturmerkmale der Unterentwicklung überwunden werden konnten: Soziale und geographische Disparitäten waren einer ausgeprägten Gleichheit gewichen. Es gab ein ausgeglichenes Bevölkerungswachstum, verbunden mit einer Lebenserwartung, die mit 75 Jahren zehn Jahre über dem lateinamerikanischen Durchschnitt lag. Rund 30% der Bevölkerung waren berufstätig, davon 40% Frauen. [Es gab] ein flächendeckendes Angebot von Kindergärten. [...] Soziale Phänomene wie Unterernährung, Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut waren auf der Insel ganz verschwunden (Burchardt 1999: 11-12).

Diese Entwicklung hatte, relativ auf das ganze Land bezogen, zu einer erheblichen Verbesserung der Situation auf dem Lande und in den kleinen und mittleren Städten geführt, auch bezogen auf die Wohnsituation und die Infrastrukturausstattung, während vor allem in Havanna diese Aspekte nicht verbessert wurden. Daher konzentriert sich das aktuelle Stadterneuerungsproblem auch vor allem auf die Hauptstadt.

#### **4. Neue Institutionen (CENCREM, GDIC, Stadtteilwerkstätten) und erste Ansätze zur Stadterneuerung in den 80er Jahren**

Erst in den 80er Jahren wurde die Vernachlässigung des baulichen Bestandes und damit Stadterneuerung vor allem in Havanna als Problemfeld und als gesellschaftliche Aufgabe offiziell erkannt und berücksichtigt. Einer der Schritte hierzu war 1976 die Gründung der Nationalen Kommission für

Denkmalspflege und das Gesetz über nationale und lokale Denkmalspflege von 1979, das vom Ministerium für Kultur eingebracht wurde. Danach sollten einzelne, geschichtlich wertvolle Gebäude mit Hilfe von vier verschiedenen Schutzgraden klassifiziert werden. Ein weiterer Schritt folgte 1982 mit der Gründung des Institutes zur Denkmalspflege: *CENCREM (Centro Nacional de Conservación, Restauración y Museología)* – “Nationales Zentrum für Konservierung, Restaurierung und Museumskunde”, das nun für Denkmalspflege im ganzen Land verantwortlich und dem Kulturministerium unterstellt ist. Im selben Jahr wird von der UNESCO das Historische Zentrum Havannas (Habana Vieja) in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Damit wurde der historische Wert der Altstadt Havannas international anerkannt. Die Kosten für die Restaurierungen wurden jedoch nicht von der UNESCO übernommen (Widderich 1997: 67), lediglich für vorbereitende Maßnahmen, Infrastruktur und die Ausbildung von Fachleuten wurden in Havanna eine Million US-Dollar zur Verfügung gestellt.

Mit der Anerkennung der Denkmalspflege war der kulturellen Vernachlässigung und Abwertung der historischen Bauten ein Ende gesetzt worden, und die Aufforderung zur Erhaltung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt waren in die Verfassung aufgenommen worden. (Vorher hatte die städtische Abrissabteilung mehr Macht gehabt als diejenigen, die historische Bauten erhalten wollten.) Damit war jedoch noch kein Schritt in Richtung auf eine Stadterneuerung im allgemeinen Sinne der Verbesserung des baulich-räumlichen Bestandes und der Wohnungs- und Sozialstruktur gemacht worden. Erst 1987 mit der Gründung der “Gruppe für die Integrale Entwicklung der Hauptstadt” (*GDIC – Grupo para el Desarrollo Integral de la Capital*) wurde dieser Schritt gemacht. Dies fiel in die Zeit der “Korrektur von Fehlern und negativen Tendenzen” (*rectificación de errores y tendencias negativas*) 1986, die in Kuba etwa zur Zeit der Perestroika in den UdSSR begann, aber ein anderes Reformmodell anstrebte: Es verzichtete auf Reformen über den Markt und rief mit moralischen Appellen zur Massenpartizipation zu Entbürokratisierungs- und Anti-Korruptions-Kampagnen auf (Burchardt 1999: 14).

Ein Jahr später wurden die ersten drei “Stadtteil-Transformations-Werkstätten” (*Talleres de Transformación Integral de Barrios*) gegründet, mit dem Ziel einer generellen Verbesserung der baulich-räumlichen Bedingungen in diesen Stadtvierteln und der Verbesserung der Wohlfahrt und Lebensbedingungen der Bewohner. Die ersten drei Zielgebiete dieser Form der Stadterneuerung hatten jeweils spezifische und generelle Probleme. Die Ge-



biere Atares südwestlich und Cayo Hueso westlich der Altstadt liegen im zentralen Bereich der Stadt mit einer Arbeiterbevölkerung und mit Gebäuden, die meist überbelegt sind und deren Instandhaltung lange vernachlässigt wurde. Das Gebiet La Güinera am südlichen Rand der Stadt ist eine *Shantytown* ohne befestigte Straßen und Wege und z.T. ohne Infrastruktur. Diese "Stadtteilwerkstätten" bestehen personell aus einem interdisziplinären Team, das Architekten, Soziologen, Ingenieure und Sozialarbeiter einschließt. Normalerweise wird eine Person, die im Gebiet lebt und arbeitet und organisatorische Fähigkeiten hat, als Vorsitzende gewählt. Genauere Ziele werden definiert, nachdem lokale Probleme untersucht und eine Bestandsaufnahme der materiellen und baulich-räumlichen Gegebenheiten und der lokalen sozialen Probleme und der menschlichen und professionellen Ressourcen unternommen wurde. Obwohl jeder *Workshop* eigene Ziele entwickelt, werden einige generelle Aspekte berücksichtigt: Verbesserung der Wohnungsbedingungen, Entwicklung der lokalen Ökonomie, Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, Entwicklung der Identität des Gebietes oder der Nachbarschaft. Der Ansatz will prinzipiell mit der vorhandenen Bevölkerung Lösungen für die Bevölkerung finden, und es soll keine Verdrängung der vorhandenen Bewohner stattfinden. Die Werkstätten arbeiten mit verschiedenen kubanischen und gelegentlich ausländischen Institutionen zusammen und beraten die seit 1990 bestehenden Quartiersräte (*Consejos Populares de Barrio*) in sozioökonomischen und baulich-räumlichen Fragen. Auf die Erfahrungen der ersten drei Werkstätten aufbauend wurden bis 1996 zehn weitere gegründet (vgl. Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 156). Inzwischen bestehen 23 Werkstätten. Die Initiative und Betreuung sowie Koordination der Werkstätten liegt bei der "Gruppe für die Integrale Entwicklung der Hauptstadt". Die "Gruppe" (die mit Unterstützung Fidel Castros gegründet worden war, um Anregungen für Verbesserung und Qualitätssteigerung der Stadtplanung in Havanna zu entwickeln und den oft wenig koordinierten sektoralen Tendenzen der Ministerien entgegenzuwirken), hatte das anfängliche strategische Arbeitspapier für die Gründung der Werkstätten verfasst (Georgina Rey Rodríguez 1988). Das Problem der finanziellen Mittelzuweisung und der materiellen Ressourcen, z.B. die Beschaffung von Baumaterialien, ist von Anfang an prekär gewesen, da die "Gruppe", als gesamtstädtischer *think tank* in gewisser Weise außerhalb der "operativen Planung" steht und keine Mittel zu verteilen hat. Die Stadtteilwerkstätten sind den Quartiersräten (*Consejos Populares*) verwaltungsmäßig zugeordnet. Von dort oder über die *Consejos Municipales* wurden

auch einige Mittel wie Baumaterialien, Gehälter der Angestellten und organisatorische Hilfe, z.B. für die sozialen Mikrobrigaden, zugesteuert. Zusätzlich und aus eigener Initiative der Stadtteilwerkstätten gibt es lokale Experimente, wie die lokale Produktion von Baumaterialien, Zusammenarbeit mit meist ausländischen NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) oder Universitäten. Die "Gruppe" und die Stadtteilwerkstätten bestehen parallel zum System der ökonomischen und räumlichen Stadtplanung und zu den Stadt- und Regional-Verwaltungsstrukturen.

#### *4.1 Probleme der zentralen Ressourcenverteilung für lokale Aufgaben der Stadterneuerung*

Dies wirft ein generelles Problem der sehr zentralisierten Mittel- und Ressourcenverteilung, vor allem über das System der ökonomischen Planung in Kuba auf, das im Widerspruch steht zu den seit 1966 geschaffenen, stärker dezentralisierten Verwaltungsstrukturen der lokalen Stadt- und Gemeinderäte (*Consejos de Poderes Populares*) und der neuen Verfassung von 1976 (und einer weiteren Rechtsreform von 1992), die eine "Demokratisierung" auf den unteren Ebenen vorsieht. So wird z.B. auf der untersten Ebene der Stadträte (*Consejos Municipales*) und Nachbarschaftsräte (*Consejos Populares de Barrios*) direkt, nach den Prinzipien der Rätedemokratie, gewählt. Es müssen mindestens zwei Kandidaten (auch Nicht-Parteimitglieder) zur Wahl stehen, und es gibt keine offizielle Parteiliste. Damit ist zwar auf der untersten lokalen Ebene eine stärkere Demokratisierung gegeben, die eine Einbindung und Partizipation der Bevölkerung bewirken soll, jedoch die wichtigsten (ökonomischen) Entscheidungen, um lokale Probleme zu lösen, werden auf dieser Ebene nicht getroffen. Der Kern des Problems liegt darin, dass auf dieser Ebene kaum Mittel zu Verfügung stehen und dass die Entscheidungsmacht der Delegierten hierzu sehr begrenzt ist, weil die wichtigsten Entscheidungen über Mittelverteilung auf der oberen zentralen Ebene, vorwiegend in den Ressort-Ministerien und dem Ministerrat, getroffen werden.

Ein Versprechen der Revolution war gewesen, die Regionen und die Provinzregierungen zu stärken. Die zentrale Planungsbehörde JUCEPLAN, die Ressort-Ministerien, der Staatsrat und Ministerrat spielen bei der Planung, der Ressourcenverteilung und der Investitionen eine wichtigere Rolle als die Provinzen oder Städte.

Die Revolution hatte eine Art hybrides Modell der Regionalentwicklung, das Elemente der Wachstumspol-Theorie, in der sekundäre Regionalstädte als Entwicklungsmotoren und als Investitionspunkte innerhalb ihres festgelegten Hin-

terlandes dienen, verbunden mit einem Engagement für sozialistische Ideale der Dezentralisierung der Ausbildungs- und Gesundheitssysteme in das Innere der Insel (Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 220).

Dies war und ist von größerem Gewinn für die Provinzen als für die Stadt- oder Gemeindeverwaltungen, die keine Befugnis über und keine Mittel für lokale Dienstleistungen erhalten. Die Provinzen sind dafür zuständig. Viele Provinzen (meist die Provinzhauptstädte) sind seitdem mit einer Universität und einem größeren Krankenhaus ausgestattet.

Die Stadt Havanna ist gegenüber den Provinzstädten weiterhin benachteiligt, da das Finanzbudget und die materiellen Ressourcen für Havanna (als 15. Provinz) im Rahmen des nationalen Haushalts festgelegt werden, die Provinzstädte dagegen als dezentrale Wachstumspole mit Arbeitsplatzansiedlungen gefördert wurden, um die Primatstruktur Havannas abzubauen. Die zugewiesenen Mittel der städtischen Finanzhaushalte müssen strikt nach den Titeln ausgegeben werden, die von der Zentralregierung festgelegt wurden. Die so fixierten Haushaltsmittel für die Stadt- und Gemeindeverwaltungen lagen immer weit unter dem, was für die Erfüllung ihrer Funktionen erforderlich war, selbst in den prosperierenden Zeiten der günstigen Handelsbeziehungen zwischen dem Ostblock und Kuba. (Die Gehälter waren immer der einzige hundertprozentig ausgezahlte Haushaltspunkt.)

#### *4.2 Stagnation und "Korrektur von Fehlern" 1986*

1986 war ein Versuch gemacht worden, die städtischen Haushalte zu dezentralisieren mit der Hoffnung auf Eigenfinanzierung. Dies hätte jedoch bedeutet, den Stadtverwaltungen einen Prozentsatz der in ihrem Gebiet erhobenen Steuern zu belassen und eine größere Flexibilität beim Transfer zwischen Haushaltstiteln zuzulassen, ohne das Gesamtbudget zu ändern. Ein großes Problem ist auch, dass lokale Regierungen keine eigenen Steuern erheben dürfen und eventuelle Überschüsse oder Einsparungen nicht für die Beschaffung z.B. von Baumaterialien verwenden können, da keine Materialien für diesen Zweck in den Fünf-Jahresplänen zugeteilt werden (vgl. Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 172). Auf der anderen Seite gibt es mächtige Staatsunternehmen, die große Mittelzuweisungen erhalten, z.T. um ihre Ineffizienz und die Lohnkosten zu subventionieren. Hier liegt der strukturelle Hauptgrund für die Schwäche und die unzureichende Ausstattung der lokalen Verwaltungen und der gewählten Stadt- und Quartiersräte. Dies bringt Konflikte und Ressentiments mit sich. Dilla bemerkt (1995: 72 nach Segre/Coyula/Scarpaci 1997: 163), dass es keine wirkliche öffentliche Debatte zu der Rela-

tion zwischen lokal gewählten Nachbarschafts- oder Gemeinderäten und den oberen Regierungsebenen gibt. Wenn es zu gelegentlichen Dialogen vor Ort kommt, dann wird nur auf konkrete und dringende Fragen eingegangen, ohne auf die tiefer liegenden Ursachen vorzustoßen. Seine Interpretation ist, dass die Stadträte und Stadtverwaltungen grob ausgedrückt damit konfrontiert sind, dass sie Funktionen ausfüllen sollen, ohne Macht über die Mittel dazu zu haben, und dass sie "Nutznießer einer Dezentralisierung von Armut sind".

Mit der Einführung der Diskussionen um die "Korrektur von Fehlern" 1986 hatte der Staat versucht, die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden. Man hatte erkannt, dass ein Teil der Probleme mit dem hohen Subventionsaufwand für die zum großen Teil sehr wenig produktiven Staatsbetriebe zusammenhing, und mit einer relativ starren Staats- und Ministerialbürokratie, die im Ressortdenken befangen war. Daher die Appelle der *rectificación* (Berichtigung auch ideologischer Fehler) zur Entbürokratisierung und zur Bekämpfung der Korruption mit einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung. Die Gründung 1987 der "Gruppe für die Integrierte Entwicklung der Hauptstadt" und der "Stadtteilwerkstätten", auch die Wiederbelebung der Mikrobrigaden 1988, waren Schritte in die richtige Richtung, die die untere Ebene stärken sollten, auch für eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Stadterneuerung. Jedoch hatte auf der obersten Ebene eine Rezentralisierung der staatlichen Wirtschaftslenkung unter dem Exekutivausschuss des Ministerrats stattgefunden, um die staatlichen Ausgaben stärker zu kontrollieren (vgl. Burchardt 1999: 14).

## 5. Stadterneuerung in der "Speziellen Periode" ab 1990

### 5.1 Krise, neue Rahmenbedingungen für die Stadterneuerung und Wendepunkt 1993-1994

Nach dem unerwartet schnellen Zerfall der Sowjetunion und der Auflösung der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe), mit der Kuba jahrzehntelang rund 85% seines Außenhandels abgewickelt hatte, befand sich Kuba seit 1989/90 in der bisher schwersten Wirtschaftskrise. Der Staatshaushalt, die Leistungen des Wohlfahrtsstaates und auch die Ansätze zur Stadterneuerung fanden sich über Nacht durch diese äußeren Einwirkungen ohne ökonomische Basis. Die Probleme der internen Verteilung hatten sich enorm verstärkt und erschienen zunächst unlösbar. Erst im August 1990 wurde auf die Krise reagiert. Der erste Schritt

war die Einleitung des sogenannten *periodo especial en tiempos de paz* (Sonderperiode in Friedenszeiten) – ein Notstandsprogramm mit völliger staatlicher Wirtschaftskontrolle und Rationierung der Lebensmittel. Zur Wiederbelebung des Außenhandels und zur Verbesserung des Staatshaushalts wurde eine Doppelstrategie beschlossen: Zum einen sollten traditionelle Exportgüter (Zucker, Nickel) auf dem Weltmarkt gegen Dollar verkauft werden und zudem neue Branchen über *Joint-Ventures* verstärkt werden, wie vor allem der Tourismus (hierzu wurde die Denkmalspflege ein wichtiger Faktor); zum anderen sollten die Binnenwirtschaft und der Konsum stark gedrosselt werden (was für die Stadterneuerung und die Wohnungsreparaturen extremen Materialmangel bedeutete). Es ergaben sich nun zwei Wirtschaftszweige, eine Dollarökonomie zum Erwirtschaften von Devisen, die dann den anderen Zweig, die interne Wirtschaft und die Sozialsysteme auf Peso-Basis, erhalten und finanzieren sollte. Zur Stärkung der Devisenerwirtschaftung und damit der teilweisen Eingliederung in den Weltmarkt erfolgte 1992 eine Verfassungsänderung, die private ausländische Investitionen durch eine Garantie für ausländisches Privateigentum möglich machte. Dies wurde (obwohl es zunächst dafür nicht vorgesehen war) eine der Voraussetzungen für einen anderen Ansatz zur Stadterneuerung. Die schwierigste Zeit und zugleich der Wendepunkt waren die Jahre 1993-1994. Zwischen 1989 und 1992 fiel das Warenangebot für die Bevölkerung um 35%. Selbst die Grundversorgung war durch extremen Mangel gekennzeichnet. Um überleben zu können, waren nahezu alle Kubaner auf den sich ausweitenden Schwarzmarkt angewiesen.<sup>1</sup>

Die Stadtteilwerkstätten und die Mikrobrigaden, die im Rahmen des Prozesses der "Korrektur von Fehlern" 1986 wiederbelebt worden waren<sup>2</sup> und

---

<sup>1</sup> Für weitere ökonomische und politische Ausführungen dieser Zeit siehe andere Kapitel in diesem Band und Burchardt (1999) sowie Segre/Coyula/Scarpaci (1997, bes. Kapitel 7).

<sup>2</sup> Nach Castros Aufruf dazu im Jahr 1986 war die Zahl schnell gewachsen: Im November 1988 gab es ca. 10.000 Mikrobrigaden mit 38.000 Arbeitern und Arbeiterinnen, die 3.000 Wohnungen fertiggestellt hatten. Das Ziel war 20.000 Wohnungen pro Jahr, das jedoch wegen Baustoffmangel nicht erreicht werden konnte. 1990 arbeiteten etwa 40.000 Personen in den Mikrobrigaden, mehr als zu irgendeiner Zeit zuvor in den 70er Jahren. Der neue Aspekt war, dass die Mikrobrigaden (nicht wie vorher in den peripheren Neubaugebieten, sondern) in den Stadtzentren (vor allem Santiago und Havanna) und dort zur Schließung von Baulücken und für den Ausbau der sozialen Infrastruktur eingesetzt wurden. Bereits 1988, nur zwei Jahre nach ihrer Wiedereinführung, hatten sie in Havanna 64 Kindergärten, zwölf Sonderschulen, vier Polikliniken, 600 Arztpraxen (*médico de la comunidad*), vier Krankenhauserweiterungen und eine Großbäckerei gebaut (vgl. Mathéy 1994: 136).

sich gerade für die Stadterneuerung als sehr gut geeignet erwiesen hatten,<sup>3</sup> erhielten kaum noch Baumaterialien. Die Transportprobleme wurden fast unlösbar, damit kamen alle Bauarbeiten in den Wohngebieten praktisch zum Stillstand.

Im Sommer 1993 erkannte die Regierung, dass sie zu wenig Devisen besaß, um ausreichend Lebensmittel und Erdöl zu importieren. Der Konsum der Bevölkerung und der öffentliche Transport (dessen Fahrten pro Tag gegenüber 1990 um zwei Drittel zurückgegangen war) konnten jedoch nicht weiter eingeschränkt werden. Es gab eine Devisenquelle, die bisher offiziell noch nicht angezapft worden war, und das waren Geldüberweisungen der Exilkubaner an auf der Insel lebende Familienangehörige.<sup>4</sup> (Dies ist heute in Kuba sicher eine Minderheit, vor allem Zugehörige der früheren Mittelklasse.) Die Revolutionsregierung legalisierte nun 1993 kurzer Hand den Besitz von Dollars und erlaubte die Eröffnung von Dollarkonten für Kubaner. Damit war der US-Dollar offiziell als Zweitwährung eingeführt worden (aber auch das Egalitätsprinzip der Revolution erstmals gebrochen). Weitere Reformen wurden eingeführt: viele Agrarbetriebe wurden in selbstverwaltete Kooperativen umgewandelt (September 1993) und Agrarmärkte wurden wieder zugelassen (Oktober 1994). Die freien Agrarmärkte trugen zur Verbesserung der Versorgung bei, allerdings mit einem erheblich höheren Preisniveau als die stark subventionierten Läden (*bodegas*), in denen die rationierten Lebensmittel (mit der *libreta*) gekauft werden. 1997 benötigte eine vierköpfige Familie neben dem durchschnittlichen Monatsgehalt in Pesos

<sup>3</sup> “In den Stadtkernen boten die auf manuelle Arbeit eingerichteten Mikrobrigaden zudem einen strukturellen Vorteil gegenüber den industrialisierten Baumethoden des MINCONs. Dessen Standardsysteme passten sich nicht der umgebenden kleinteiligen Baustruktur an, und die engen Gassen erlaubten weder den Antransport großer Fertigteillemente noch das Aufstellen weit ausladender Kräne” (Mathéy 1994: 136).

<sup>4</sup> Kuba hat z.Zt. etwa elf Millionen Einwohner, und in den USA, vor allem in Miami, leben etwa eine weitere Million Kubaner. Das sind zum großen Teil Leute, die in den ersten Jahren der Revolution das Land, meist aus ideologischen Gründen, verlassen hatten und deren in den USA aufgewachsene Nachkommen. Es waren die reiche Bourgeoisie und viele Angehörige der Mittelklasse, vor allem weiße Kubaner mit guter Ausbildung. Sie hatten in Vedado, Miramar und den grünen Vororten gelebt. Nach ihrem Auszug standen zunächst viele ihrer Häuser leer oder waren nur von den früheren, meist schwarzen Hausangestellten bewohnt. In den Jahren danach ließen diese z.T. Angehörige vom Lande zusätzlich in den Häusern wohnen und z.T. verteilten staatliche Institutionen die Wohnungen an Leute aus überbelegten oder zusammengefallenen Häusern der Innenstadt. Dies hatte in den ersten Jahren den *beneficial effect of rupturing the social spatial segregation* (Coyula 1985: 35). Für weitere Informationen zu diesem Thema siehe Susan Eckstein (1977): *The Debourgeoisement of Cuban Cities*.

(etwa 180-200)<sup>5</sup> zusätzlich noch 30 Dollar, um ausreichend Lebensmittel und andere Artikel des täglichen Bedarfs erwerben zu können (Widderich 1997: 28). Kleine Essensläden und Familien-Restaurants (*paladares*) wurden 1995 legalisiert. Bereits 1993 hatte es für etwa 150-200 Berufe oder Beschäftigungen die Möglichkeit gegeben, auf eigene Rechnung zu arbeiten (*trabajo por cuenta propia*). Darunter auch Bauhandwerker, die zur privaten Reparatur von Wohnungen eingesetzt werden können, falls Baumaterialien noch vorhanden waren oder, über die nun auch für die Bevölkerung zugänglichen Dollarläden, gekauft werden können. Ein rudimentäres Steuersystem wurde 1995 für diese Eigenbeschäftigungen und Kleinbetriebe eingeführt: Sie müssen eine festgesetzte Monatsrate bezahlen, die unabhängig vom Umsatz ist. Das gilt inzwischen auch für Familien, die in ihrer Wohnung Zimmer an Touristen gegen Dollars vermieten. Für die meisten Vermieter und Selbständigen ist dies unbefriedigend, sie würden lieber nach Umsatz bezahlen, da die Verkaufs- oder Einkommensmöglichkeiten zeitlich stark variieren.

### 5.2 Auswirkungen der "Sonderperiode" auf die Stadterneuerung und die Schaffung neuer Akteure

Wie wirkt sich dies alles für die Möglichkeiten der Stadterneuerung aus? Die kubanische Bauwirtschaft war durch den *periodo especial* besonders stark beeinträchtigt worden, da sie von der energie-intensiven Zementproduktion abhängt. Fünf der sechs Zementfabriken des Landes mussten 1994 aufgrund des Rückgangs der Ölimporte geschlossen werden, so dass die Produktion um die Hälfte zurückging. Seitdem wird Zement fast nur noch in den prioritären Sektoren Biotechnologie, Pharmazie, Tourismus und für andere Devisen erwirtschaftende Bereiche eingesetzt (vgl. Widderich 1997: 29).

---

<sup>5</sup> Nach Gesprächen des Autors (im September 2000) mit Carlos García Pleyan u.a. muss jedoch festgestellt werden, dass dieser Lohn fast ausschließlich für Essen und Kleidung der Familien ausreichen muss, da z.B. Wohnungs- und Transportkosten minimal sind und Ausgaben für Gesundheit und Schulen nicht anfallen. Um faire Lohnvergleiche anzustellen, müsste man also noch einen "sozialen Lohn" (oder einen gesellschaftlichen Lohn, der die von der Bevölkerung nicht zu tragende soziale Infrastruktur beinhaltet), dazu zählen. Zudem gibt es an vielen Arbeitsplätzen ein einfaches Mittagessen umsonst. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass inzwischen der öffentliche Verkehr durch den staatlichen Kauf neuer Busse, die Installation von neuen öffentlichen und privaten Telefonen und die Verlegung von Gasleitungen (vor allem zum Kochen) in vielen Stadtteilen zu einer Verbesserung der generellen Lebensbedingungen geführt hat. Dennoch, die ausgezahlten Löhne sind seit vielen Jahren nicht angestiegen.

Die staatlichen Prioritäten bei der Vergabe von Zement stoßen bei großen Teilen der Bevölkerung auf Kritik, weil für den Bau und die Erneuerung von Wohnungen (im Rahmen der Peso-Ökonomie) praktisch nichts übrig bleibt. Auch die Beschaffung anderer Baumaterialien stellt die Bevölkerung vor schier unlösbare Probleme. Wegen des akuten Baustoffmangels sind 1991/92 alle Mikrobrigaden mit Ausnahme derer, die bei den Rohbauten die oberste Geschossdecke erreicht hatten, beurlaubt worden. In Havanna gab es 1994 20.000 Wohneinheiten, die durch den Baustopp nicht fertiggestellt werden konnten. Um den Diebstahl von Baumaterial zu hindern, werden die meisten Rohbauten Tag und Nacht bewacht (vgl. Widderich 1997: 29).

Lösungen für die Krise des Bau- und Wohnungswesens gibt es kaum. Der *Plan Director* für Havanna von 1990, der fast zeitgleich mit dem *periodo especial* veröffentlicht wurde, ist wegen völlig neuer Rahmenbedingungen bereits weitgehend überholt.

Eine kritische Diskussion hat sich um Sparansätze, wie die *Vivienda de bajo consumo* (Wohnung des niedrigen Verbrauchs) entwickelt, die aus lokalen Materialien gebaut werden, um Transportkosten zu sparen. In diese einfachen zwei- bis dreigeschossigen Gebäude sollen vor allem Leute (*albergados*) aus zusammengefallenen oder stark baufälligen Häusern einziehen. Auf Anweisung der Regierung (1992) sollen 2.000 dieser Wohnungen in Havanna gebaut werden, aber nach Angaben der DPPFAU waren 1994 nur etwa 100 fertiggestellt worden. Die Hauptursache war das Fehlen lokaler Baumaterialien in Havanna.

Weitere Kritikpunkte sind, dass sie zu hässlich seien und das Stadtbild stören würden, geringe Wohnqualität hätten und das Konzept nicht mit zuständigen Stellen vorher diskutiert, sondern von oben erlassen worden sei (vgl. Widderich 1997: 30).

Ende der 80er Jahre traten einige wichtige neue Akteure auf und es entstanden lokale Strukturen, die neue Möglichkeiten für die Stadterneuerung und eine Verbesserung der Wohnqualität in den Stadtteilen schaffen. Die Wiederauflage der Mikrobrigaden wurde bereits angesprochen, die nun vor allem für die Schließung von Baulücken, für die Gebäuderekonstruktion und dringende Reparaturen in den Innenstädten eingesetzt werden. Ebenso wurden die verschiedenen Möglichkeiten angesprochen, dass "lizenzierte" Bauhandwerker auf eigene Rechnung arbeiten können und dass Wohnungseigentümer (die genügend Raum und eine Lizenz haben) Zimmer gegen Dollars an Touristen vermieten können. Mit der Dezentralisierung der Verwaltung (1985) in Stadtplanungsämter auf der Stadtteilebene (*DAUs* –



*Direcciones de Arquitectura y Urbanismo*) und der Wahl von Quartiers-Volksräten (*Consejos Populares*) wurden auch legitime Entscheidungsorgane auf der lokalen Ebene geschaffen. 1988 wurde ein neues Programm, die "Sozialen Mikrobrigaden", eingeführt, die nicht wie die regulären Mikrobrigaden auf der Betriebsebene organisiert sind, sondern auf der Quartiers-ebene. Sie setzen sich aus Bewohnern und (zum großen Teil) Bewohnerinnen der Quartiere zusammen, in denen sie Bauarbeit leisten. Sie haben die Aufgabe, die Häuser (vor allem die gemeinschaftlich genutzten Teile) und die öffentlichen Räume ihres Blocks oder Viertels nach und nach instand zu setzen. In dringenden Fällen werden auch die individuellen Wohnungen, z.B. in *ciudadelas*, repariert. Nach dem neuen Wohnungsgesetz von 1984 sind die Familien, die über Mietkaufverträge zu Eigentümern ihrer Wohnung wurden, selbst für die Instandhaltung verantwortlich. Die sozialen Mikrobrigaden können für Nachbarn aus dem Viertel einen doppelten Nutzen bringen: zunächst eine effektivere Instandhaltung der Wohngebäude, außerdem bieten sie für Leute, die keine feste Anstellung haben, wie Hausfrauen, Rentner (die als Vorarbeiter und Ausbilder eingesetzt werden können), jugendliche Schulabgänger, u.a. eine Beschäftigung und Ausbildung. Die sozialen Mikrobrigaden sind somit auch ein Weiterbildungs- und Arbeitsplatz-Beschaffungsprogramm. Besonders in der gegenwärtigen Krise mit offener Arbeitslosigkeit können sie eine Zukunftsperspektive (z.B. für Elektriker, Installateure u.a.) bieten. Eine Schwachstelle ist die geringe Attraktivität des Bauhandwerks. Sie führt zu beachtlichen Fluktuationsraten bei den Brigadisten. Die sozialen Mikrobrigaden operierten zunächst in zwei verschiedenen städtischen Kontexten: in den alten Innenstadtgebieten Havannas und in den informellen sanierungsbedürftigen Wohngebieten (*barríos insalubres*) am Stadtrand. Später wurde das Modell auf das ganze Land ausgedehnt (vgl. Mathéy 1994: 141).

### 5.3 Selbsthilfe im Baubestand

Viele Bewohner in engen und heruntergekommenen Wohnungen haben ihre (nun im eigenen Privatbesitz befindlichen) Wohnungen durch An- und Ausbauten flächenmäßig vergrößert. Dies wurde seit langem in Selbsthilfe und meist ohne Baugenehmigung ausgeführt.<sup>6</sup> Die Bewohner agieren hier selbstständig und setzen ihr Interesse an mehr Wohnraum durch. Für das Einholen

---

<sup>6</sup> Selbsthilfe beim Wohnungsbau auf dem Lande und am Stadtrand wurde seit langem ohne Genehmigung und Wissen der Behörden durchgeführt. Weitere Informationen bieten Zschaebitz/Lesta 1988.

von Genehmigungen fehlt z.T. die Transparenz auf der untersten Stadtverwaltungsebene, aber auch das Verständnis für die Notwendigkeit dazu. Die Leute sehen dort nur einen Dschungel von für sie meist nicht durchschaubaren Organisationen: Die *consejos populares* bestehen in einem bestimmten Territorium und haben bestimmte Aufgaben, daneben gibt es die Stadtteilwerkstätten, mit anderen, aber ähnlichen und z.T. überschneidenden oder komplementären Aufgaben. Außerdem wurden 1985 die DAUs als unterste Planungsebene geschaffen. Sie sind die Bewilligungs-, Kontroll- und Sanktionsorgane für bauliche Veränderungen und Neubauten. Ihre Arbeit beschränkt sich wegen schlechter technischer und personeller Ausstattung "auf die bauordnungsrechtliche Prüfung von Vorhaben auf Basis einer veralteten und starren Bauordnung" (Wolff u.a. 1993: 51 nach Widerich 1997: 32). Die DAUs geben keine fachliche Beratung für Bauanträge. Formelle Anträge für Umbauten sollen von einem Entwurf eines zugelassenen Architekten begleitet werden, der die Einhaltung der Bauvorschriften gewährleisten soll. Der Selbstbau der Bewohner (*esfuerzo propio*)<sup>7</sup> ist sehr weit verbreitet und bezieht sich im Gebäudebestand vor allem auf das Einziehen von Zwischendecken (*barbacoas*) und die Errichtung von Dachaufbauten (*azoteas*), die informell durchgeführt werden. Dies sind meist die einzigen Möglichkeiten, den beengten Wohnraum zu erweitern. Um die mangelnde Beratung der Planungsbehörden auszugleichen, wurde vor kurzem eine neue Institution geschaffen, die *arquitectos de la comunidad* (Architekten der lokalen Gemeinschaft). Das Konzept lehnt sich an den *médico de la familia* an. Diese Architekten sollen im Quartier wohnen, in dem sie arbeiten, als Ansprechpartner für alle, die ein Bauvorhaben durchführen wollen. Sie erstellen professionelle Entwürfe zu staatlich festgesetzten Gebühren. Die Pläne sollen auf die lokalen Möglichkeiten abgestimmt werden (Baumaterialien, Statik, lokale Erfordernisse). Eine Nicht-Regierungs-Organisation (NGO), Habitat-Cuba,<sup>8</sup> hat ein Programm

<sup>7</sup> Sowohl im Baubestand als auch improvisierter Neubau am Stadtrand und vor allem auf dem Lande. Bei der Wohnungszählung 1981 wurde zur großen Überraschung der Politiker und Bürokraten im MINCON festgestellt, dass allein zwischen 1981 und 1983 3,7 mal so viel Wohnungen durch die Bewohner selbst gebaut worden waren (dies schließt nicht Wohnungskooperativen ein) als durch die staatlichen Brigaden unter dem MINCON. Das Verhältnis vergrößerte sich noch: 1983 wurde fast das Siebenfache an Wohnungen von individuellen Familien gebaut, verglichen mit der Anzahl der vom Staat gebauten Wohnungen (Coyula 1985: 39).

<sup>8</sup> NGOs verschiedener Art bestehen seit einiger Zeit in Kuba, so z.B. *Naturaleza y Hombre*.

(PAC)<sup>9</sup> entwickelt, das im ganzen Lande *arquitectos de la comunidad* ausbildet. 1994 wurden die ersten Büros in Holguín und in Cienfuegos eingerichtet. Hier bietet sich in der Krise eine Chance, durch angepasste Entwürfe und Verwendung lokaler Baustoffe importierte Materialien zu sparen und auch den sowieso stattfindenden Selbstbau im Bestand durch fachliche Beratung zu verbessern. Das ist zukunftsweisend, weil professionelle und lokal mit den Bewohnern abgestimmte Entwürfe eine bessere Wohnqualität ermöglichen und eine erste Stufe zu einer von unten entwickelten Stadterneuerung sein können.

#### 5.4 Die Problemlage in der Altstadt (Habana Vieja)

Die Altstadt Havannas hat in Kuba und international bezogen auf Probleme der Stadterneuerung besondere Beachtung gefunden. Nachdem 1982 die UNESCO die Altstadt zum Weltkulturerbe der Menschheit erklärt hatte und unter Schutz stellte, waren Anfang der 80er Jahre die ersten größeren Restaurierungsprojekte angelaufen: das Kloster Santa Clara und wichtige historische Gebäude an den fünf alten Plätzen. 1990 hatte sich die Situation mit der Ankündigung des *periodo especial* jedoch grundlegend geändert. Nicht nur wurde die Denkmalspflege zurückgestellt, auch die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechterten sich erheblich.

Der Stadtteil Habana Vieja ist zwar flächenmäßig das zweitkleinste Municipio in Havanna (siehe Abb. 2), die Bevölkerungsdichte und die Belegungsdichte der Wohnungen ist hier jedoch am höchsten. Dort leben über 100.000 Menschen auf einer Fläche von knapp 4,5 Quadratkilometern. Innerhalb der zwei Quadratkilometer des historischen Zentrums liegt die Bevölkerungsdichte bei 400 Einwohnern pro Hektar. Betrachtet man einzelne Blöcke innerhalb des Gebietes, so ergeben sich Spitzenwerte von 1.200 Ew/ha. (Widderich 1997: 40). Die Bevölkerungszusammensetzung in dem Stadtteil zeigt nur geringfügige Unterschiede zum Landesdurchschnitt: Es gibt weniger Kinder und geringfügig mehr Rentner als im Durchschnitt Kubas. Zwei Drittel der Bevölkerung ist im erwerbsfähigen Alter, hier gibt es deutlich einen Männerüberschuss, vor allem der 15- bis unter 25-Jährigen. Die Haushaltsgröße liegt hier im Durchschnitt bei 3,1 Personen pro Wohnung. Zensusergebnisse von 1981 zeigen jedoch eine breite Streuung der Haushaltsgrößen: Ein Fünftel besteht aus größeren Haushalten von mehr als vier Personen und

---

<sup>9</sup> Im September 1993 hatte in Havanna ein Internationales Treffen über Kooperation zwischen NGOs in Kuba und Europa stattgefunden. Daran nahmen 98 Organisationen vor allem aus Europa teil (Habitat-Cuba 2000: 5).

ein Fünftel aus Einpersonenhaushalten (vgl. Widderich 1997: 62). Ein weiteres Merkmal der Altstadt ist, dass dort der Dienstleistungssektor weiterhin stark vertreten ist, es befinden sich weiterhin einige Ministerien in der Altstadt (Marine, Erziehung, Leichtindustrie). Es gibt hier über 100 staatliche Geschäfte für den Kauf von Lebensmitteln in Pesos mit der *libreta*. Die soziale Infrastruktur ist gut, wie fast überall in Kuba. Schulen, Kindergärten, Arztpraxen, Polikliniken etc. sind vorhanden. Viele verschiedene Gewerbebetriebe und Lagerhäuser befinden sich im Erdgeschoss der Gebäude. Am Hafen liegen Werkstätten z.T. für die Reparatur von Autos und Lastwagen. Wegen des derzeitigen geringen Warenangebots steht ein Teil der Lagerräume (*almacenes*) leer. In der Altstadt bestehen viele Freizeitangebote für die Bevölkerung und für Touristen. Hier mischen sich die beiden Welten mehr als sonst irgendwo auf der Insel.

Der Bauzustand hat sich von 1977 bis 1994 erheblich verschlechtert, in der Zeit sind über 3.600 Wohnungen teilweise oder ganz eingestürzt, das sind mehr als 10% des heutigen Wohnungsbestandes. "Allein zwischen 1990-1993 sind 304 Wohnungen teilweise und 263 vollständig zusammengebrochen. Dabei gab es 24 Verletzte und acht Tote. Im Schnitt fordert der Einsturz der baufälligen Häuser Habana Viejas jedes Jahr ein Menschenleben" (Widderich 1997: 54). Um Todesfälle und Verletzungen zu vermeiden, fordern Inspektoren, die die Bausubstanz überprüfen, immer wieder zum Umzug in Notunterkünfte auf. (Dies geschah 1.500 mal im Zeitraum von 1990 bis August 1994). Die betroffene Bevölkerung leistet jedoch kaum Folge, da sie die extrem schlechten Lebensbedingungen in den Notunterkünften (*albergues*) fürchtet und lieber das Risiko in Kauf nimmt. Inzwischen soll die Situation sich verbessert haben, der leitende Architekt der Sanierung der Altstadt betonte 1999, "seit über zwei Jahren ist kein Haus mehr eingestürzt, wir haben alles Erdenkliche getan, um die Bauten zu sichern. Balkone, Galerien und ganze Fassaden wurden mit Balken abgestützt, die Bewohner ausquartiert und die Gebäude weitestgehend konserviert, bis sie an der Reihe sind, saniert zu werden" (Henkel 1999).

Die Wohnverhältnisse zeichnen sich durch eine sehr hohe Anzahl von Einraumwohnungen in *ciudadelas* aus (bei denen ursprünglich und z.T. zur Zeit noch die Sanitäreinrichtungen gemeinschaftlich genutzt wurden). "Im historischen Zentrum stieg der Anteil der Wohnungen in *ciudadelas* von 46% (1981) auf 57% (1993). Die Bevölkerungszahl und die Wohnungszahl stagnierten aber im gleichen Zeitraum" (Widderich 1997: 58). Die Frage, warum in relativ kurzer Zeit ein Großteil des Wohnungsbestandes degradiert

wurde, obwohl kein wesentlicher Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen ist und auch keine Immobilienspekulation (die oft große Wohnungen unterteilt, um mehr Profit abzuschöpfen), wird von Widderich mit zwei Hypothesen beantwortet: Zum einen bleiben erwachsene verheiratete Kinder eines Haushalts in der elterlichen Wohnung, da sie keine eigene Wohnung finden. Die elterliche Wohnung wird baulich unterteilt, so dass das junge Ehepaar dann in einem Zimmer lebt, jedoch die sanitären Einrichtungen der Eltern mitbenutzen muss. Die andere Möglichkeit und Hypothese ist, dass bei dem Verlust von durchschnittlich 226 Wohneinheiten pro Jahr in der Zeit von 1981 bis 1989 etwa 2.600 Wohnungen partiell oder total einstürzten, die Bevölkerungszahl aber mehr oder weniger konstant blieb. Es erscheint möglich, dass von den verbleibenden Wohnungen (bei relativ wenig Neubauten) ein Teil der Wohnungen unterteilt wurden, um Opfer der unbewohnbar gewordenen Häuser unterzubringen. Jedoch unabhängig von diesen Erklärungsversuchen ist zweifelsfrei festzuhalten, dass viele Wohnungen in der Altstadt einem fortschreitenden Prozess der Degradierung ausgesetzt sind. Der Anteil der Wohnungen in *ciudadelas* im Munizip La Habana Vieja mit 57% ist im Vergleich mit anderen Munizipien überaus hoch. In Centro Habana beträgt der Anteil 30%, in Cerro 21%, in den Bezirken Plaza de la Revolución und Diez de Octubre jeweils 10% (unveröffentlichte Daten der DAU, nach Widderich 1997: 60). Im Untersuchungsgebiet Atares (auf das später noch eingegangen wird) war der Anteil der Wohnungen in *ciudadelas* 44,5% (Ortega Morales 1996: 117). Im Stadtteil Cayo Hueso, im Munizip Centro Habana gelegen, waren es etwa 20% (Sack 1994: 56, und eigene Berechnung).

### 5.5 Denkmalschutz und das Büro des Historiador in Habana Vieja und Habaguanex als Unternehmen

Bereits in den 70er Jahren, als der Plattenbau für die Wohnungsversorgung in Kuba Hochkonjunktur hatte, gab es Kritik von Architekten und Kulturschaffenden an dem einseitigen technischen Leitbild dieser Zeit. Eine Rückbesinnung auf das kulturelle Erbe Kubas wurde gefordert. In der neuen Verfassung von 1975 wurde der Schutz dieses Erbes verankert. In dem Denkmalschutzgesetz von 1979 wurden vier Schutzgrade zur Sicherung von Einzelobjekten für historisch wertvolle Gebäude festgelegt. 1982 hatte dann die UNESCO die Altstadt in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen und begann, zusammen mit CENCREM, die Ausbildung von Fachleuten. CENCREM hat seinen Sitz in dem aus dem 17. Jahrhundert stammenden Convento de Santa Clara, der zum Teil restauriert und mit modernen Laborein-

richtungen und Werkstätten ausgestattet wurde. Das Vereinte Nationen-Entwicklungsprogramm (UNDP) hatte Kuba zu Anfang mit einer Million Dollar unterstützt. Die Mittel wurden zum Aufbau der Infrastruktur eingesetzt, jedoch nicht, wie oft angenommen wird, zur Finanzierung der Gebäudeerneuerung (vgl. Widderich 1997: 68). CENCREM gehört inzwischen zu den führenden Instituten der Denkmalspflege, Restaurierung und Museumskunde in Lateinamerika. Es bildet Fachkräfte aus aller Welt aus, veranstaltet Kurse zur Weiterbildung und steht in engem Kontakt mit anderen Institutionen dieser Art, besonders mit Mexiko, Quito und anderen historisch bedeutenden lateinamerikanischen Städten.

Nach dem *periodo especial* wurde im Oktober 1993 ein neues Konzept vorgestellt und ein Gesetz erlassen, um die Stagnation aufzuheben und um den Fortgang der Restaurierungen in Habana Vieja zu gewährleisten, ohne die leere Staatskasse zu belasten. Die *Oficina del Historiador* (das Amt des Stadthistorikers), die seit 1938 besteht und seit langem von Eusebio Leal Spengler geleitet wird, bekam die Aufgabe, sich in eine handlungsfähige, finanziell selbst tragende Institution umzuwandeln. Das Büro Eusebio Leals untersteht direkt dem Staatsrat und ist keiner Institution des Planungsapparates Rechenschaft schuldig, muß sich aber an die Regeln der Bauordnung halten. Das Gesetz (*Decreto-Ley* 143) definiert die Hauptaufgaben und Tätigkeiten des Büros (nach Widderich 1997: 69). Die wichtigsten sind nach Artikel 6:

- die Erstellung und Ausführung von Restaurierungsplänen für das Historische Zentrum,
- die Suche nach eigenen Finanzquellen für die Restaurierung der Altstadt, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Altstadtbewohner sowie für
- die Durchführung der eigenen Arbeit,
- das Schließen von Verträgen mit nationalen oder internationalen Körperschaften (nur Nicht-Regierungs-Organisationen), natürlichen und/oder juristischen Personen zwecks Erfüllung der Ziele des Gesetzes,
- das Tätigen von Bankgeschäften in nationaler Währung oder in Devisen und
- die Erteilung von Genehmigungen für Arbeiten an öffentlichen Freiflächen bzw. für deren Nutzung.

Weitere Tätigkeiten des Büros sind nach Artikel 7:

- Die Durchführung von Im- und Exporten, Käufen und Verkäufen sowie alle anderen marktwirtschaftlichen Operationen, die für die Arbeit erforderlich sind,
- Vereinbarungen mit allen in der Altstadt ansässigen Körperschaften zu treffen.

Artikel 8 bestimmt, dass alle in der Altstadt ansässigen Betriebe, die nicht der *Oficina del Historiador* unterstellt sind, an dieses 5% (Leal 1998) ihrer Einkünfte abtreten müssen. (Im Prinzip bedeutet dies das Recht, eine lokale Steuer zu erheben.) Die Devisen erwirtschaftenden Betriebe (z.B. Hotels, Restaurants, Dollarläden) zahlen die Abgaben in Devisen, die übrigen in nationaler Währung. Das Geld ist für die Durchführung von Restaurierungs- bzw. Konservierungsmaßnahmen bestimmt.

Mit dem Gesetz wurden dem Büro des Stadthistorikers sehr weitgehende Kompetenzen eingeräumt. Der Aufbau eigenständiger Beziehungen zu ausländischen Organisationen und die Verwaltung von Devisen sind im sozialistischen Kuba erst im Zuge der angestrebten Selbstfinanzierung von Betrieben (*autofinanciamiento*) möglich geworden.

Zur Schaffung eigener Finanzquellen gründete die *Oficina* im Januar 1994 die neue Firma Habaguanex S.A., der alle touristischen und gastronomischen Dienstleistungsbetriebe in der Altstadt unterstellt sind, die mit dem Büro zusammenhängen. Nach einem Jahr unterstanden der Firma bereits diverse Museen, drei Cafés, sieben Restaurants, ein Hotel und eine Apotheke u.a., alle im Historischen Zentrum gelegen. Weitere Hotels werden restauriert, andere sind in der Planung. Alle von Habaguanex geleiteten Betriebe verkaufen ihre Produkte und Dienstleistungen ausschließlich gegen Dollars. Ihre Angebote zielen auf Touristen ab, eine vergleichsweise große Gruppe, da 90% der Urlauber, die über den Flughafen Havanna einreisen, das Historische Zentrum besuchen. Die *Oficina del Historiador* plant neben Habaguanex eine zur *Oficina* gehörende Immobiliengesellschaft zu gründen, der die Aufgabe zukäme, restaurierte Gebäude als Büros oder auch Wohnungen an Ausländer gegen Dollars zu vermieten (vgl. Widderich 1997: 70).

Das Büro des Stadthistorikers verfolgt die Strategie, dass restaurierte Gebäude Devisen erwirtschaften müssen, weil die Instandsetzung ohne Devisen zum Kauf von Baumaterialien nicht durchgeführt werden kann. Dazu sind keine *Joint Ventures* mit ausländischen Partnern oder Firmen notwendig. Die Habaguanex unterstehenden Betriebe tragen sich selbst und erwirt-

schaften das investierte Kapital (nach *Granma*, dt. Ausgabe, Mai 1994) in wenigen Monaten. Dies ist möglich, weil die finanzielle Hauptlast der Sanierung der Import von Baumaterialien und Ausstattungsgegenständen gegen Devisen ist. "Der Faktor Arbeit bildet nur einen untergeordneten Kostenpunkt, weil die Arbeitskräfte zu staatlich festgesetzten Löhnen, die in Nationalwährung ausgezahlt werden, beschäftigt sind. Im Zuge der Umstrukturierung unrentabler Staatsbetriebe drohen massenhafte Entlassungen, so dass auch ein genügend großes Arbeitskräftepotential vorhanden ist" (Widderich 1997: 104).

Habaguanex hatte im ersten Jahr 1994 etwa vier Millionen US-Dollar erwirtschaftet, 1998 waren es rund 30 Millionen. Es wird erwartet, dass die Zahlen bis zum Jahr 2000 auf 50 Millionen Dollar ansteigen. Inzwischen sind auch in anderen Städten, z.B. in Cienfuegos, ähnliche Verträge und Investitionen möglich, wie sie in der Altstadt von Havanna durch das Büro des *Historiador* geschaffen wurden. In Cienfuegos z.B. wurde ein zentraler historischer Bereich von 30 Blocks um den Parque José Martí zum schützenswerten Ensemble erklärt. Im lokalen Denkmalspflegeamt (*Centro Provincial de Patrimonio Cultural*), das mit Lagerräumen und Werkstätten verbunden ist, wurde dem Autor zwischen alten Plänen und Arbeitsmodellen sowie bei einem ausgiebigen Rundgang durch die Stadt erklärt und gezeigt, dass sowohl die öffentlichen Räume und Straßen als auch die wichtigsten historischen Gebäude (besonders das Teatro Tomás Terry, Schulen mit von klassischen Säulen bestandenen Innenhöfen), Restaurants, Cafés und Hotels auf dem besten Wege sind, hoch qualifiziert erneuert zu werden. Dies alles sei erst möglich seit dem *periodo especial*. (Gespräche des Autors vor Ort und im dortigen Büro am 22.9.2000).

### 5.6 San Isidro, Arbeiterviertel im südlichen Teil der Altstadt

Es kann in der Altstadt typische Interessenkonflikte "Wohnen *versus* Restaurierung" geben. Das Gesetz 143 fordert bei der Suche nach eigenen Finanzquellen, diese neben der Restaurierung auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung zu verwenden. In der Praxis sind aber in den ersten Jahren bis 1995 zum überwiegenden Teil solche Projekte realisiert worden, die nach der Instandsetzung Dollars erwirtschaften.



Erst in den letzten Jahren werden im südlichen und ärmsten Stadtteil der Historischen Altstadt, San Isidro,<sup>10</sup> Finanzmittel und Materialien für die Erneuerung von Wohnungen und zur Verbesserung der Quartiersstruktur zur Verfügung gestellt. Das lokale Stadtteilbüro des Revitalisierungsprogramms (*Programa de Revitalización Integral del Barrio San Isidro*), das seit 1996 besteht und zunächst dem Munizip unterstand, wurde im Juli 2000 der *Oficina del Historiador* unterstellt. Dadurch begann eine neue Phase, und es verbesserten sich die finanzielle Lage und die Materialbeschaffung für die Renovierung der Wohnungssituation der Bewohner im Viertel. Bereits vorher (1998) wurde ein Kulturzentrum mit einer Bibliothek und einem kleinen Theater fertiggestellt. Dazu kamen Altenwohnungen, und auf dem großen Grundstück eines zusammengefallenen Gebäudes wird nun geplant, im Erdgeschoss eine Fabrik für traditionelle Fußbodenplatten und darüber Wohnungen zu errichten. Das Projekt wird Arbeit und Wohnungen für Bewohner des Stadtteils schaffen. Das Projektbüro und seine Arbeit wurde auch international anerkannt. Es erhielt 1998 eine Auszeichnung in einem Wettbewerb, der von *HIC (Habitat International Coalition)* und lateinamerikanischen Ländern ausgeschrieben worden war und erhielt auch von der EXPO Hannover eine lobende Erwähnung. (Gespräche des Autors am 26.9.2000 mit dem Architekten Ramón Collado im Büro vor Ort). Die Planer um Eusebio Leal wollen der Arbeit in dem Viertel hohe Priorität einräumen: "San Isidro ist unser Laboratorium, hier versuchen wir Erfahrungen zu machen, die sich eventuell auch in anderen Bereichen nutzen lassen. [...] Wir versuchen in zahlreichen Treffen mit den Bewohnern ein integrales Sanierungskonzept für diese Gebiet zu entwickeln" (Henkel 1999). Das Konzept des *Historiador* umfasst auch andere soziale Hilfen für die Bewohner von Habana Vieja. 1994 wurden Klassenräume für 670 Schüler instandgesetzt, Müllfahrzeuge für die Stadtreinigung angeschafft, und zudem werden auf den Baustellen Jugendliche bevorzugt eingestellt. Sie können eine Lehre als Steinmetz, Stuckateur oder in anderen gefragten und kaum mehr vorhandenen Berufen absolvieren. An der Uferstraße Malecón und in einigen anderen Teilen der Stadt werden Gebäude- und Quartierserneuerungen mit Hilfe des Büros des *Historiador* durchgeführt.

---

<sup>10</sup> Der Stadtteil grenzt direkt an den Hafen an und war das traditionelle Viertel der Hafentarbeiter, Seeleute und kleinen Handwerksbetriebe. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wandelte sich das aus 14 Blöcken bestehende Viertel vom Arbeiter- zum Armenquartier, wo Immigranten aus dem verarmten Osten der Insel Zuflucht suchten. Bis heute hat sich daran wenig geändert.

### 5.7 *Quartiers-Untersuchungen in Atares (1990-1994), Gebäudetypen und Bewohner als Akteure*

Zum Problem der Stadterneuerung wurden zwischen 1990 und 1994 von einer Gruppe kubanischer Forscher unter Leitung von Lourdes Ortega Morales (Architektur-Abteilung der Universität: ISPJAE/FA) und der externen Koordination von Ulrike Zschaebitz (Technische Universität Hamburg-Harburg, Stadtplanung) Untersuchungen im *barrio* Atares, in Verbindung mit der Stadtteilwerkstatt durchgeführt (Ortega Morales, in: Harms/Ludena/Pfeiffer 1996: 95-134).

Dabei wurden die Baustruktur, Gebäude- und Wohnungstypologien sowie die Bevölkerungsstruktur und die Lebens- und Wohnbedingungen untersucht. Des Weiteren wurden detailliert die von der Bevölkerung selbst vorgenommenen Veränderungen analysiert und daraus Möglichkeiten zur Stadterneuerung im Rahmen der Stadtteilwerkstatt ermittelt.

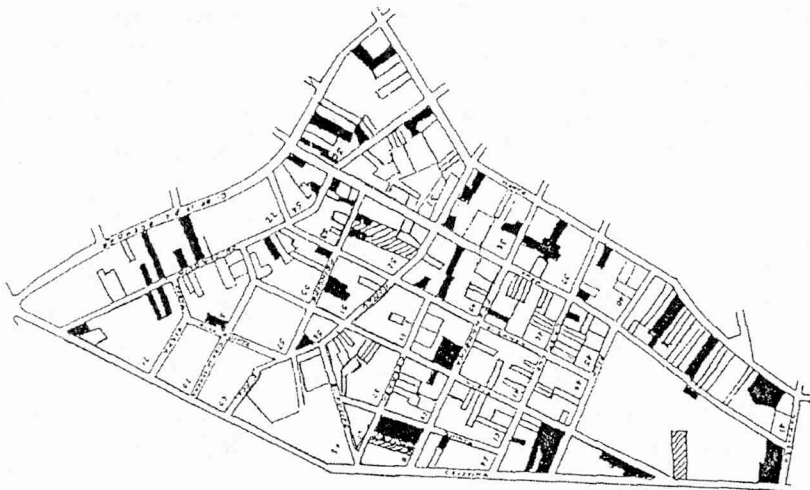
Atares, im Munizip Cerro gelegen, ist eines der drei Gebiete, in denen die ersten Stadtteilwerkstätten eingerichtet worden waren. Teile dieser Untersuchung (vom Autor 1990 initiiert und von der VW-Stiftung unterstützt) sollen hier (zum ersten Mal in deutscher Sprache) zusammengefasst werden, da die Ergebnisse in Bezug auf Baustruktur und Bevölkerungsstruktur typisch für die Probleme der Stadterneuerung in innerstädtischen Quartieren in Kuba und besonders in Havanna sind.

Das Quartier Atares (siehe Abb. 4) hat eine Größe von 28 ha, etwa die Form eines Dreiecks und ist im Osten und im Süden von zwei wichtigen alten Straßen (Monte und Diez de Octubre) und an der dritten westlichen Seite von einer Eisenbahnlinie und einer neueren Straße (Cristina) begrenzt. Die beiden alten Straßen (*calzadas*) waren nach den städtischen Regeln, den *Ordenanzas* von 1866, ausgebaut worden, d.h. auf beiden Seiten der Straßen gibt es eine kontinuierliche Bebauung mit Säulengängen (*portales*) und vielen Läden. Das Innere des Quartiers wurde (nach der Auflösung einer Hacienda, etwa 1740) allmählich besiedelt. Es besteht heute aus 36 Blöcken mit Straßen ohne Vorgärten, kaum Freiflächen und einer relativ kompakten Bebauung. Anfang des 20. Jahrhunderts war der Bahnhof Estación Cristina und die Bahnlinie am Hafen sowie der Fleisch- und Gemüsemarkt an der nördlichen Spitze des Gebietes Atares angelegt worden. Dies brachte viele neue Bewohner in das Quartier, das seit seiner Gründung ein armes Viertel war. Es bestand ursprünglich aus landwirtschaftlichen Arbeitern, freigelassenen Sklaven und Emigranten der armen Ostprovinzen Kubas, später aus Hafener-

und Eisenbahnarbeitern und Leuten, die in den Märkten Beschäftigung fanden.

Die aktuelle Bebauung besteht aus 836 Gebäuden (davon 616 Wohngebäude). Die Bauten bestehen durchweg aus ein bis zwei Geschossen, gelegentlich gibt es auch drei- bis viergeschossige Gebäude. 50% der Gebäude sind nach einer Untersuchung der *Grupo GDIC* in schlechtem Zustand und davon 11% irreparabel. Nach der Volkszählung von 1981, einer weiteren Befragung der GDIC von 1988-1989 und einer aktualisierten Befragung von 1992 leben etwa 12.350 Einwohner in Atares. Diese Bevölkerung ist zu zwei Drittel in Havanna geboren oder aufgewachsen. Die Haushalte können nach Alter, Einkommen, Schulbildung, Zustand und Ausstattung der Wohnungen sowie deren Überbelegung in drei Gruppen eingeteilt werden (Ortega Morales 1996: 107):

**Abb. 4: Stadtteil Atares mit Lage der Wohnungstypen**



- Microlocalización de Ciudadelas
- Edificios de apartamentos
- Pasajes

**ATARES - TIPOLOGIA DE VIVIENDAS**

Quelle: Segre/Coyula/Scarpaci (1997)

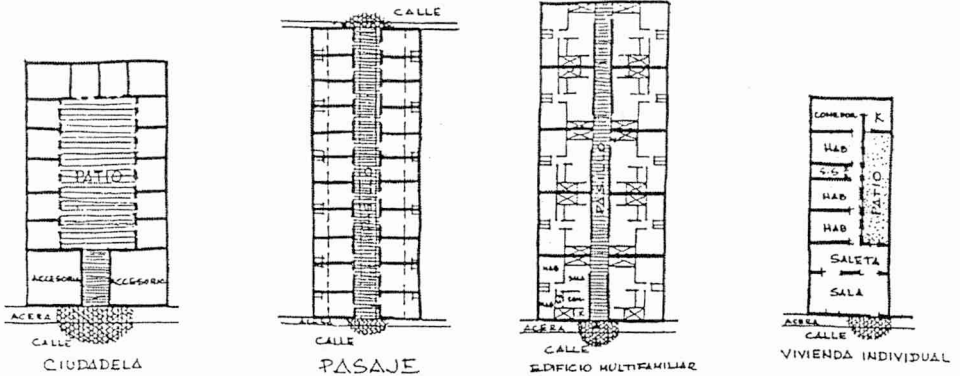
1. Ältere Ehepaare oder Alleinstehende (um die 60 Jahre alt), meist Rentner, oft mit einem jüngeren Familienmitglied zusammenlebend (zur Sicherung des Erbes für die nächste Generation), geringe Einkommen und unvollständige Primär-Schulbildung. Die Wohnung ist nicht in besonders gutem Zustand, aber sie ist auch nicht überbelegt. Haushaltsgeräte: Radio, TV, Kühlschrank (in Kuba übliche Minimalausstattung).
2. Größere Familien oder Kernfamilien, Einkommen sind im nationalen Vergleich relativ gut, Schulbildung überdurchschnittlich, z.T. Sekundärschul-Abschluss. Die Wohnung ist in technisch gutem Zustand und gut ausgestattet, manchmal mit Telefon. Keine Überbelegung.
3. Größere Familien, Einkommen und Schulbildung sind durchschnittlich. Wohnungen in *ciudadelas*, d.h. meist Einraumwohnungen, ursprünglich (und z.T. heute noch) mit Sanitäreinrichtungen, die kollektiv genutzt werden. Schlechte Belichtung und Beleuchtung, Überbelegung, Eheleute haben wenig Privatheit, z.T. wurden balkonartige Zwischengeschosse (*barbacoas*) in die relativen hohen Räume eingebaut, um den verfügbaren Raum zu vergrößern. Zum Wäschewaschen und -trocknen werden die Höfe und oft engen Zwischenräume genutzt. In einigen Fällen wurden individuelle Küchen und/oder Duschen ein- oder angebaut für den exklusiven Gebrauch der Familie (unterschiedliche Prozentanteile, da dies von Lage und technischen Möglichkeiten abhängt, aber immer angestrebt wird).

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Atares liegt bei 34,3 Jahren. Auf jede zweite Person im Arbeitsalter kommt ein Rentner. Die Schulbildung der bis zu Dreißigjährigen ist gut, generell Primär- bis Sekundärschule, 3% haben abgeschlossene Universitätsausbildung. 97% der im schulischen Alter Stehenden besuchen die Schule. In Atares dominieren die Großfamilien, bei denen mehrere Generationen in der Nähe oder zusammen wohnen. Danach stehen an zweiter Stelle Kernfamilien mit Kindern, dann folgen Einfamilienhaushalte und zuletzt alleinstehende Ehepaare. Die durchschnittliche Haushaltsgröße besteht aus 3,9 Personen.

Die von Straßen begrenzten Blöcke haben z.T. rechtwinklige, z.T. unregelmäßige Form. Die Grundstücke bestehen im allgemeinen aus schmalen (im Durchschnitt neun Meter breiten) Parzellen mit einer Länge von 25-45 Metern. Das Verhältnis von Breite zu Länge (1:3 bis 1:5) hat die Typologie der Gebäude mitbestimmt. Die Bebauung ist kompakt und besteht aus fast vollständiger Überbauung der Parzelle mit kleinen Innenhöfen.

Das Quartier besteht aus 616 Wohngebäuden mit 3.088 Wohnungen. Innerhalb dieser Gesamtheit können vier Wohnungs- und Gebäudetypen unterschieden werden (die auch typisch für andere Arbeiterwohngebiete in Havana sind, siehe Abb. 5).

Abb. 5: Wohnungstypologie



Quelle: Segre/Coyula/Scarpaci (1997)

1. Einzelwohnungshäuser (*vivienda individual*): (Anteil der Gebäude im Quartier: 67,9%, im Ganzen: 418 Wohneinheiten, durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung: 89 qm, durchschnittliche Fläche pro Einwohner: 22,20 qm). Das Charakteristische an diesem Typ ist, dass pro Grundstück ein Gebäude mit nur einer Wohnung gebaut worden war, das die gesamte Breite des Grundstücks zur Straße hin einnimmt. Dadurch entstehen durchgehende Straßenfassaden. Zur Straße hin liegen Wohnraum, Eingang und oft ein weiterer Raum. Dahinter liegen an einem langen schmalen Gang (oder Hof) eine Reihe von Schlafräumen, deren Anzahl von der Länge des Grundstücks abhängt. Am Ende der Wohnung und der Parzelle liegen die Küche und das Bad. Bei längeren Grundstücken können auch zwei schmale Innenhöfe auftreten. Oft sind diese Wohnungen dann zweigeschossig und im Erdgeschoss mit anderen Funktionen verbunden, z.B. mit einem Laden, einer Werkstatt oder vermieteten Zimmern. Die Wohnung liegt dann im ersten Obergeschoss. (Dieser traditionelle Wohnungstyp ist in Kuba und in Lateinamerika weit verbreitet.)

2. Die *Ciudadela* als Gebäude mit Einzimmerwohnungen (Anteil der Gebäude im Quartier: 18%, im Ganzen: 1.182 Wohneinheiten, durchschnittliche Fläche pro Wohnung: 40 qm, durchschnittliche Fläche pro Einwohner: 9,8 qm.): Dieser Gebäudetyp wurde bereits kurz beschrieben, er stellt den Typ des kollektiven oder Mehrfamilienwohnens dar, der die größte Anzahl von Wohnungen auf kleinster Fläche enthält. Fast die Hälfte (44,5%) des gesamten Wohnungsbestandes in Atares besteht aus diesen Kleinstwohnungen, obwohl die 111 *Ciudadela*-Gebäude nur 18% aller Wohngebäude (und 29% der mit Wohngebäuden bebauten Fläche) einnehmen. Bei der in Atares am häufigsten auftretenden Form der *Ciudadela* liegen die Wohnungen um einen offenen, meist rechtwinkligen Innenhof, dessen Größe von den Dimensionen des Grundstücks abhängt. Bei vielen *ciudadelas* liegen am Eingang zur Straße oft größere Einzelwohnungen oder Läden, so dass dieser Wohnungs- und Gebäudetyp vielfach von der Straße aus nicht wahrgenommen wird. Bei unregelmäßigen Blöcken ergeben sich auch *ciudadelas* mit unregelmäßigen und relativ großen Innenhöfen. Hier bestehen auch zweigeschossige Bebauungen mit Laubengang-Zugängen zu den Wohnungen im oberen Geschoss.
3. Die *Pasaje* kann als Sonderform der *Ciudadela* angesehen werden, die in Atares nicht oft auftritt (Anteil der Gebäude im Quartier: 0,3%, im Ganzen 76 Wohneinheiten, durchschnittliche Fläche pro Wohnung: 53 qm, durchschnittliche Fläche pro Einwohner: 13,3 qm): Dieser Gebäudetyp hat Wohnungen auf beiden Seiten eines Durchgangs, der an beiden Enden Straßeneingänge hat. Die Einraumwohnungen sind gelegentlich besser (d.h. mit kleiner Küche und Dusche) ausgestattet. *Pasajes* können auch zwei-, seltener dreigeschossig sein.
4. Das Apartmenthaus (*edificio de apartamentos*): (Anteil der Gebäude im Quartier: 13,8%, im Ganzen 760 Wohneinheiten, durchschnittliche Fläche pro Wohnung: 66,55 qm, durchschnittliche Fläche pro Einwohner: 16,63 qm). Dieser Gebäudetyp wurde in den 1940er und 1950er Jahren nach einer neueren Bauordnung gebaut. Er hat drei bis fünf Geschosse und die einzelnen Wohnungen (*apartamentos*) sind individuell mit Küche und Bad ausgestattet und haben einen modernen funktionalen Grundriss.

Der größte Teil des Wohnungsbestandes in Atares wurde in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts gebaut. Die Bausubstanz ist erheblich heruntergekommen und reparaturbedürftig, doch im Vergleich zu anderen

Gebieten aus der Kolonialzeit ist sie in besserem Zustand, da neueren Datums. Mehr als 60% der Gebäude haben Durchfeuchtungsschäden, bei den meisten sind Dachreparaturen erforderlich. Die *ciudadelas* haben den höchsten Grad an Bauschäden, von den 111 Gebäuden sind ein Drittel in relativ gutem und zwei Drittel in schlechtem Zustand.

Die Einzelhauswohnungen sind in bestem Zustand im Vergleich mit allen Wohnbauten im Quartier. Sie sind besser gebaut, weniger überbelegt, und Reparaturen wurden von den Bewohnern öfter und leichter selbst durchgeführt.

Eines der Charakteristiken in innerstädtischen Quartieren (aber auch in peripheren Siedlungen) ist, dass die Wohnungen (und damit Teile des Quartiers) ständig verändert werden. Die Bewohner sind die Hauptakteure bei diesen Veränderungen. Es handelt sich bei diesen Veränderungen um Reparaturen, interne Umbauten, Raumunterteilungen, Verlegung von Leitungen, Veränderungen und Auswechseln von Fenstern und Türen sowie um Erweiterungen und Anbauten. All dies wird meist in Selbsthilfe oder mit Hilfe von lokalen Handwerkern, die sich gewisse Fähigkeiten meist bei den Mikrobrigaden angeeignet haben, über längere Zeiträume durchgeführt. Die Verzögerungen ergeben sich durch Material- oder Geldmangel. Das Ziel der Veränderungen ist immer, die materiellen und baulichen Lebensbedingungen der Haushalte zu verbessern, oder sich im Rahmen der Gegebenheiten der Wohnung, des Gebäudes und des Quartiers mit den Veränderungen in den Haushalten (z.B. der Heirat und zusätzlicher Kinder, oder der Scheidung und Unterteilung einer Wohnung, u.a.) einzurichten. Da immer Wohnungsmangel herrscht und die (z.Zt. meist unwahrscheinliche) Zuteilung einer neuen Wohnung (oder Ersatzwohnung im Falle eines Einsturzes), heißen würde, aus dem Quartier in ein anderes Stadtviertel ziehen zu müssen und damit lokale soziale Kontakte zu verlieren, passt man sich im Bestand oder den Bestand so gut wie möglich an die Familien an (vgl. Zschaebitz/Lesta 1990).

Umzüge (*permutas*) sind zwar auch möglich, jedoch nur über Wohnungstausch, der relativ kompliziert über Zeitungsanzeigen läuft, da ja ein Wohnungsmarkt im kapitalistischen Sinne nicht existiert. Seit dem Wohnungsgesetz von 1984 ist der Status "Mieter" aufgehoben worden. Das Wohnungseigentum wurde vom Staat auf die Bewohner ihrer Wohnungen übertragen, und zwar mittels Mietkauf, d.h. die monatlichen Mieten (angepasst als Prozentsatz der Einkommen) gelten für eine bestimmte Zeit (meist 20 Jahre) als Abzahlung für den Erwerb des Eigentums. Die Wohnungen in den *ciudadelas* und *pasajes* waren (bereits nach dem ersten Städtischen Re-

formgesetz von 1960) den früheren Eigentümern enteignet worden und gratis zur Nutzung (*usufructo gratuito*) den Bewohnern überlassen worden. Die Begründung war, dass diese Wohnungen menschenunwürdig seien. Geplant war, die Bewohner in adäquate Wohnungen umzusiedeln oder die Kleinwohnungen durch Umbau oder Abriss und Neubau in einen bewohnbaren Zustand zu bringen. Bewohner, die (seit vor der Revolution) in ihren eigenen Wohnungen geblieben waren, wurden nicht enteignet. Die Wohnungen der Eigentümer, die Kuba im Laufe der Revolution verlassen hatten, waren an den Staat gefallen.

Die Veränderungen, die die Bewohner im Wohnungsbestand durchgeführt haben, können in drei große Gruppen eingeteilt werden:

1. Erweiterungen und Funktionsänderungen: Die am häufigsten auftretende Erweiterung ist der Einbau eines Zwischengeschosses oder internen Balkons, *barbacoa* genannt. Er wird z.T. aus Holz, z.T. aus Beton eingebaut, um den vorhandenen Wohnraum zu vergrößern. Meist dient der zusätzliche Raum als Schlafgeschoss und ist durch eine Treppe mit dem darunter liegenden Wohngeschoss verbunden. Die oft über vier bis sechs Meter hohen Räume lassen den Einbau zu. Es entstehen dadurch jedoch häufig Probleme der Belichtung und Belüftung, die dann zum Einbau zusätzlicher Fenster an den Außenwänden führen. Dadurch und durch den Anbau von Außenbalkonen werden Erscheinungsbild und Proportionen der Straßenfronten oft stark verändert. Bei unsachgemäßer Konstruktion können die tragenden Wände geschwächt werden.

Eine andere Erweiterung erfolgt (meist in den *ciudadelas*) durch Anbau von Küchen, Bädern, Vorrats- oder Eingangsräumen in den meist halböffentlichen Hof oder Gang. Mit dieser "Raum-Aneignung" werden zwischen vier bis acht Quadratmeter für den privaten Gebrauch gewonnen. Diese Erweiterungen sind für den Außenstehenden und von der Straße aus meist nicht sichtbar.

Als vertikale Erweiterung werden auf den Dächern provisorische Hütten oder permanente Räume (*azoteas*) angebracht. Diese Aufbauten werden meist bei den Apartmenthäusern angebracht und stellen auch eine Aneignung von halböffentlichem Raum dar. Diese Lösung findet sich in Atares weniger häufig, erscheint jedoch in Habana Vieja und anderen älteren Stadtteilen oft.

2. Unterteilungen und Schaffung von privaten Sanitärräumen (wie WC, Dusche, Bad): Zusammen mit der Entstehung neuer Kernfamilien und



auch der Ehescheidung kommt es zur Notwendigkeit einer Separierung der Lebenssphären in derselben Wohnung. Diese räumliche Trennung kann vertikal oder horizontal geschehen. Die Schaffung unabhängiger Wohneinheiten schließt auch die Konstruktion neuer Sanitärräume, oft auf kleinstem Raum, ein. Dadurch werden zusätzliche Wasser- und Abwasserleitungen erforderlich, die bei Improvisationen zu Durchfeuchtungen und anderen Bauschäden führen können.

3. Reparaturen und Modernisierungen: Beides ist oft miteinander verbunden mit dem Ziel einer Verbesserung der baulichen Qualität, oft auch mit der Schaffung einer "zeitgemäßerer" Fassade oder "modernerer" Innenräume. Dies führt zum Austausch von Fenstern und Eingangstüren, zu anderen Materialien und Formaten und zu anderen dekorativen Elementen, auch zu anderen internen Raumaufteilungen und einer Verlagerung der Sanitärräume. Reparaturen werden an Dächern, Wänden, Fußböden, Treppen und Leitungen durchgeführt. Sie dauern oft Jahre und sind z.T. auf professionelle und staatliche Hilfe oder Genehmigungen angewiesen. Modernisierungen dieser Art treten in Atares weniger auf. Sie werden von Architekten und Denkmalspflegern häufig in anderen Quartieren beanstandet, da sie das traditionelle Straßenbild verändern und ein anderes Image "populärer" Ästhetik einführen.

Durch die Umnutzung von Läden in Wohnungen (vor allem an den das Quartier begrenzenden Hauptstraßen) und durch die Transformation von alten Marktgebäuden und Produktionsräumen in Schulen ergeben sich weitere Nutzungsänderungen im Bestand. Bei dieser Art von Veränderungen spielen neben den einzelnen Haushalten als Akteuren auch lokale Institutionen der Regierung und der Verwaltung eine Rolle. In Atares sind dafür zuständig: die Städtische Volksversammlung und der Stadtrat von Pilar-Atares (*Asamblea Municipal del Poder Popular* und *Consejo Popular*), das Wohnungsamt (*Dirección Municipal de Vivienda*), das Stadtplanungsamt (*Dirección Municipal de Arquitectura y Urbanismo*), die Mikrobrigaden und die Schul-, Gesundheits- und Kulturämter (*Direcciones Municipales de Educación, Salud y Cultura*). Als wichtigste Akteure für das Quartier sind jedoch die Stadtteilwerkstatt und die Mikrobrigaden zu nennen. Zu Anfang der Untersuchung waren die sozialen Mikrobrigaden unter Beteiligung vieler Frauen dabei, neue mehrstöckige Wohngebäude auf leeren Grundstücken in Atares zu bauen. Von der Stadtteilwerkstatt wurden Pläne zur Verbesserung der öffentlichen Räume, zusammen mit Studenten und Lehrenden der Universität, vorgeschlagen und diskutiert. Außerdem wurde das Lokal der Werkstatt

für kulturelle Musik- und Tanzveranstaltungen der Quartiersbewohner und zur Verstärkung der lokalen Identität genutzt. Die Architektin der Stadtteilwerkstatt arbeitete auch mit den Bewohnern an der Reparatur und Verbesserung der Wohnungen, vor allem in den *ciudadelas* und bei Notlagen, wie Einsturzgefahr, auch in anderen Gebäuden (Zschaebitz/Lesta 1990).

Mit Beginn der Sonderperiode wurden Bautätigkeiten der Mikrobrigaden wegen Material- und Energiemangel fast eingestellt und die Aktivitäten anderer Institutionen sehr stark reduziert. In der Krise und der Stagnation wurden in den Institutionen und an der Universität andere Lösungen als die bisherigen diskutiert und gesucht. Anstelle von Neubau wurde die Notwendigkeit der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes zusammen mit der Bevölkerung als Priorität gesehen. Paradoxe Weise ermöglichte erst die Krise eine Veränderung der Mentalität der zentralistischen, technokratischen und sektoralen Ansätze, die die Prioritäten für kapital- und energieintensive Neubauten gesetzt hatten.

Die Ergebnisse der Untersuchungen in Atares (besonders die Gebäudetypologien, die Haushaltsgruppen innerhalb der Bevölkerungsstruktur und die Veränderungen im Baubestand und Transformationen durch die Selbsthilfe der Bevölkerung) lassen sich im Prinzip auch auf andere innerstädtische Arbeiterquartiere in Havanna übertragen, wenn auch die prozentualen Anteile der Gebäudetypen am Bestand und der Haushaltsgruppen innerhalb der Bevölkerungsstruktur der jeweiligen Stadtteile stark variieren. Ähnliche Wohngebäude und deren Transformationen durch die Bevölkerung lassen sich auch in anderen lateinamerikanischen Großstädten, vor allem in armen Mietquartieren in Lima finden, wie eine vergleichende Untersuchung gezeigt hat (Harms 1995). Die Geschichte der spanischen Kolonisierung und der sich daraus ergebenden Stadt-, Quartiers- und Gebäudestrukturen sind ähnlich, auch die Geschichte der Veränderungen in den Städten bis in die späten 50er Jahre durch kapitalistische Immobilien- und Bodenmärkte. Danach hat die Situation in Kuba jedoch eine andere Dynamik und andere Potentiale, auf die noch einzugehen wäre.

## 6. Fazit und Ausblick

Stadterneuerung im heutigen Sinne von Pflege und Erhaltung, aber auch Erneuerung und Weiterentwicklung des baulichen und sozialen Bestandes war weder im vorrevolutionären noch in den ersten zwei Jahrzehnten des revolutionären Kubas ein Thema und fand auch nicht statt. Erst in den 80er Jahren wurde die völlige Vernachlässigung der gebauten Stadt inklusive

technischer Infrastruktur, der Verfall historisch wertvoller Gebäude und die Verschlechterung der Wohnsituation durch Unterlassung von Instandhaltung und Reparaturen als Problem offiziell anerkannt. Darüber, wie das Problem gelöst werden sollte, bestand lange Zeit Unklarheit, es wurden jedenfalls keine relevanten Entscheidungen getroffen. Dass die Lösung des Problems, bei verstaatlichtem Grundbesitz und entmachtetem oder nicht vorhandenem privatem Immobilienbesitz, eine gesellschaftliche oder staatliche Aufgabe wird, stellte wohl ein Dilemma dar.

Mit der Ausschaltung des Immobilien- und Bodenmarktes (1960) wurden die auf privaten Gewinn ausgerichteten Akteure der Produktion und Reproduktion von Immobilien in der Stadt ausgeschaltet. Es waren aber nicht nur die Immobilien-“Spekulanten” (d.h. die auf kurzfristige und hohe Gewinne ausgerichteten Käufer und Verkäufer) und die Übergewinne der Haus- und Grundbesitzer abgeschafft worden, sondern auch die Verantwortlichkeit und die Wertschätzung für die Erhaltung von Bauten generell. Es stellte sich heraus, dass die Akteursgruppen der Spekulanten und Immobilienhändler mit ihren negativen sozialen Praktiken und Aspekten abgeschafft werden können, dass aber die Funktion der Bauinstandhaltung und die Aufgabe der Reparatur von Bauschäden weiterhin bestehen bleibt, wenn nicht die gebaute Stadt als gesellschaftlicher Vermögenswert verloren gehen soll.

Die Verantwortung, dieses gesellschaftliche Vermögen zu erhalten und dafür Investitionen zur Instandhaltung bereitzustellen, wurde von den zentralen Instanzen des Staates und den Hauptakteuren in den Ministerien nicht übernommen. Hierbei mag reduziertes ökonomisches Denken und Prioritätensetzungen in Kategorien von “produktiven” und “nicht-produktiven” Investitionen eine Rolle gespielt haben, sicher auch ideologische Überreaktionen, deren Folgen nicht zu Ende gedacht waren. Der Neubau von Wohnungen wurde noch als staatliche Aufgabe akzeptiert, aber die Bestandserhaltung wurde als nicht-produktive Investition angesehen. Die technologische Faszination des “Neuen”, die Nichtachtung und kulturelle Abwertung der “Alten Stadt”, industrielle Methoden und zentralisierte Großbetriebe als Problemlöser im Rahmen von *economies of scale*, das Dogma der Vorfabrikierung als “Fordismus” des Wohnungsbaus führten in eine Sackgasse. Diese Einstellung als Teil der “Moderne” war, wie bekannt, nicht nur bei Ökonomen, Ingenieuren und Architekten in Kuba tief verwurzelt, sie war ebenso in anderen sozialistischen und vor allem auch in den kapitalistischen Industrieländern weit verbreitet und lange Zeit die dominante Denkrichtung. Das Problem in den sozialistischen Ländern war die rigorose polit-ökonomische

und z.T. diktatorische Durchsetzung dieses Modells (mit Extremen wie in Rumänien unter Ceaucescu). In den meisten kapitalistischen Ländern war diese Form der Bauproduktion und der Produktion von Stadt das eine Extrem in einem breiteren Spektrum, das auch mittlere und kleine Handwerksbetriebe und am anderen Ende den freiwilligen Selbstbau mit den *Do-it-yourself*-Läden einschloss, oder in den Entwicklungsländern die *Shantytowns*, als Selbstbau der vom formellen Wohnungsbau und Wohnungsmarkt Ausgeschlossenen.

Mit den Industrialisierungsmethoden des Plattenbaus für Neubauten und der Vernachlässigung der bestehenden Stadt und des alten Baubestandes waren auch die handwerklichen Fähigkeiten, und in der Ausbildung der Architekten die Sensibilisierung für den Kontext der bestehenden Stadt vernachlässigt worden. In Kuba wie in anderen sozialistischen Ländern kam dazu, dass mit der Vorstellung, "Modernisierung" sei mit "Industrialisierung" gleichzusetzen, auch das Ziel verbunden worden war, aus kleinbürgerlichen Handwerkern und engstirnigen Bauern Industriearbeiter zu machen, die dann die neuen zukunftsorientierten Menschen der staatstragenden Klasse sein würden. Die handwerkliche Produktionsweise und der kleinteilige Handel waren als Überbleibsel und zugleich als Brutstätte des Kapitalismus diffamiert und in den 60er und 70er Jahren aus den Läden der Altstadt und aus dem Straßenbild und den *portales* in Havanna verbannt worden. Die Auflösung der Eckgeschäfte und die Schließung der Handwerkerbetriebe war die Folge dieses rigorosen Denkens.

Bei der Wohnungszählung von 1983 mussten die Regierung, die Techniker und Politiker mit Erstaunen feststellen, dass die Produktion von Wohnungen durch die Bevölkerung in Selbsthilfe (*construcción por esfuerzo propio*) höher war als die staatliche Produktion. Es war auch bekannt geworden, dass die Bewohner selber in großer Anzahl ihre Wohnungen in kleinteiliger Bauweise und über lange Zeiträume erweitert und unterteilt hatten (mit *barbacoa*-Einbauten, *azotea*-Aufbauten und Küchen- und Bad-Erweiterungen besonders in den *ciudadelas*). Diese neue Tatsache hatte zur Folge, dass eine Konferenz unter Fachleuten und Politikern zum Thema Selbsthilfe Wohnungsbau und Stadtplanung vom 14.-16. März 1984 einberufen wurde, um die (für die kubanischen Fachleute) neue Situation zu diskutieren (Zschaebitz/Lesta 1988: 105). Dann wurde das neue Wohnungsgesetz von 1984 erlassen, das die Potentiale dieser Aktivitäten der Bewohner anerkannte und im Gesetzestext als förderungswürdig ansah und die Techniker angewiesen hatte, Formen der Unterstützung unter bestimmten Einschränkungen

und nach bestimmten Regeln auszuarbeiten. Dazu wurden mit dem Gesetz das Nationale Wohnungsbau-Institut (*Instituto Nacional de la Vivienda*) und die städtischen und provinziellen Wohnungsämter (*direcciones provinciales y municipales de vivienda*) geschaffen. Das Problem der Überbelegung in den *ciudadelas* wurde in dem Gesetz nicht behandelt. Diese Wohnungen und Gebäude wurden weiterhin als nicht "würdig" (*viviendas no decorosas*) angesehen, während die Bewohner als "legitim" (*ocupantes legítimos*) bezeichnet wurden. Das Gesetz sieht vor, dass jeder Haushalt über Mietkauf zum Besitzer der eigenen Wohnung wird, in der er wohnt. Eine Ferien-Zweitwohnung (Prinzip: Datscha) wurde auch noch erlaubt. (Bei den *ciudadelas* wird aus den genannten Gründen das Eigentumsrecht allerdings nicht transferiert, obwohl es *de facto* anerkannt ist.) Die Spekulation mit Wohnungen, d.h. der Verkauf und Kauf zu überhöhten Preisen für schnelle Gewinne, sollte weiterhin auf jeden Fall unterbunden werden. Man wollte administrativ sichern, dass die Wohnung Gebrauchsgut bleibt und sich nicht zum Spekulationsgut mit Tauschwert entwickelt.

Im Prinzip war mit der Übertragung der Eigentumstitel auch die Aufgabe der Instandsetzung und die Erneuerung der Wohnungen vom Staat auf die neuen Besitzer übertragen worden, jedoch ohne dafür genügend Baumaterialien oder auch eine adäquate Struktur zur Durchführung dieser dringenden Arbeiten entwickelt zu haben. Erst allmählich wurde auf Stadtteil- und Munizipebene darüber diskutiert und in den *consejos populares* auch Materialien in den Budgets und Verteilungsplänen angefordert. Die neue Struktur der sozialen Mikrobrigaden war ein Schritt in die richtige Richtung, die Wohnungsprobleme im Bestand zu verbessern und hatte auch z.T. Erfolge gebracht. Mit dem Zerfall des sozialistischen Ostblocks in Europa und der Einführung des *periodo especial* in Kuba waren jedoch die gerade in Gang gesetzten Aktivitäten wieder zum Stillstand gekommen. Die Bevölkerung blieb zunächst weiterhin auf sich selbst angewiesen und versuchte auf Haushaltsebene Material "zu organisieren" (da selbst die offiziell vorgesehenen fünf Sack Zement pro Haushalt oft ausblieben).

Mit zunehmendem Tourismus, als einem der wenigen Sektoren, die Dollars einbrachten, wurde die Denkmalspflege immer wichtiger, auch um Touristen anzuziehen. Das Bewusstsein des Verfalls der Altstadt und anderer Teile des gebauten Kulturerbes war bei vielen Intellektuellen und Kulturschaffenden seit langem sehr akut. Mit der offiziellen Einführung des Dollars als Zweitwährung und dem Vorstoß von Eusebio Leal, mit seinen Ideen und dem realen Projekt für die Rettung der Altstadt, war eine Tür geöffnet

worden, mit kubanischer Arbeit und Auslandskapitalbeteiligung Baumaterial und Geräte, zunächst aus dem Ausland, zu kaufen und damit einen eigenen Wirtschaftszweig aufzubauen, ohne Gelder oder Subventionen aus den leeren Staatskassen. Gebäude wurden und werden wiederhergestellt und Gewinne für weitere Investitionen in den Altstadtbereich erwirtschaftet, die dann auch z.T. für soziale Zwecke eingesetzt werden können. Andere Stadtteile oder Quartiere versuchen mit analogen Ansätzen über Verbindungen zu Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) an Auslandswährung zum Kauf von Baumaterialien heranzukommen. Dies kann interpretiert werden als die Entwicklung einer lokalen Ökonomie, als Ergänzung und in Kooperation zur Staatswirtschaft oder als eigener Zweig relativ unabhängig von staatlichen ökonomischen Aktivitäten. Es ist eine Frage an die Zukunft, wie weit die Dollarisierung der Denkmalspflege zu Verdrängungs- und Segregationsproblemen in Innenstadtbereichen führen wird. Bis heute ist es dazu noch nicht oder kaum gekommen.

Der Stadthistoriker Eusebio Leal (1998: 22) ist sich der Gefahren bewusst. In einem Interview äußerte er sich kürzlich zu den Hauptzielen der Stadterneuerung in Habana Vieja in folgender Weise:

Es wäre ein großer Fehler, die Stadt in ein Museum zu verwandeln. Das wichtigste Ziel ist es, die Bewohner innerhalb der Altstadt zu halten. [...] Deshalb müssen wir neue Arbeitsplätze schaffen, die Bewohner in die Erneuerungs- und Restaurierungsarbeiten einschließen und nicht nur, um adäquate Bedingungen für den Tourismus zu schaffen. Das wirklich Wichtige liegt nicht darin, die Fassaden anzumalen, sondern darin, das soziale Leben der Bewohnergemeinschaft zu revitalisieren und möglicherweise auch neue Elemente einzuführen. Ich denke, das schwierigste Problem ist immer die ökonomische Frage. Erneuerung und Restaurierung kosten Geld, eine Menge Geld. Aber wir müssen etwas anderes erreichen, was nicht mit allem Geld der Welt gekauft werden kann: Enthusiasmus und Beharrlichkeit. Anfänglich wurden die Arbeiten nur vom kubanischen Staat finanziert, aber wir haben immer internationale Hilfe der UNESCO und bilaterale Kooperation mit anderen Städten und Provinzen gesucht. Aber ich war immer überzeugt, dass die Hauptanstrengung von uns selber kommen muss, wenn wir das Alte Havanna retten wollen. [...] Natürlich hilft es, dass wir durch ein Sondergesetz das Recht haben, eine Steuer von fünf Prozent auf die Bruttoeinkommen aller ökonomischen Aktivitäten staatlicher und privater Unternehmen innerhalb der Grenzen von Alt-Havanna zu erheben, auch dass wir finanzielle Ressourcen von internationalen Körperschaften direkt einnehmen können, ohne über Zwischenstellen gehen zu müssen. Wir managen unsere eigenen Unternehmen, Hotels, Cafés und wir können die Einkommen in die Restaurierung und Erneuerung investieren. [...] Der wichtigste Aspekt ist, wir investieren nicht nur in die Erneuerung von Kirchen, Klöstern und Museen, sondern wir bauen damit auch Hospitäler auf, erneuern Schulen, unterstützen öffentliche Einrichtungen für ältere Leute und Kranke. Wir haben eine Verpflichtung der lokalen *Community* gegenüber. [...] Im ersten Jahr 1995 haben wir drei Millionen US-

Dollar erwirtschaftet, im dritten Jahr waren es 33 Millionen Dollar und 1998 erwarten wir 44 Millionen Dollar einzunehmen, davon werden 21 Millionen in die Restaurierungsarbeiten und in neue Hotels investiert werden, vier Millionen schenken wir dem Staat und der Rest wird reinvestiert in laufende Ausgaben, wie die Kosten unserer eigenen Baufirma, den Kauf von Geräten oder Ausstattungen für die Hotels. Übrigens sind die Hotels keineswegs völlig neu errichtet, die bereits im Gebiet existierenden wurden erneuert. Dieses Budget stammt aus unseren eigenen Einnahmen, durch Vermieten der Immobilien, durch Einnahmen aus unseren Hotels, Restaurants und anderen Dienstleistungen, die wir anbieten.

Auf die Frage, ob er, wegen der Abhängigkeit von ausländischen Investoren, glaube, die Kontrolle über all die Entwicklungen behalten zu können und gleichzeitig mit der betonten sozialen Strategie fortfahren zu können, antwortete Leal:

Im Hotel- und Immobilienbereich lassen wir Auslands- Investitionen nur in der Form von *mixed enterprises* zu, wobei wir 51% des Kapitalanteils innehaben und die Partner 49%. Außerdem müssen alle Bau- und Entwicklungsprojekte durch die normalen nationalen Verfahren, wie auch dem Masterplan, genehmigt werden. Wir nutzen die Möglichkeiten, das Kapital für unsere Bedürfnisse einzusetzen. Das Kapital zieht den Wagen und wir steuern ihn, und nicht umgekehrt. Bisher konnten wir die Kontrolle behalten und wir haben noch keine Konzessionen gemacht. Der größte Anteil des in Alt-Havanna investierten Kapitals ist unser eigenes, in dem Zusammenhang sehe ich mich zuerst als ein Verteidiger unserer Kultur und erst an zweiter Stelle als Unternehmer und Geschäftsmann (Übersetzung H. H.) (*Trialog* 58, 1998: 22).

Eine wichtige Frage für die Zukunft der "normalen" Stadterneuerung, d.h. der weniger denkmalbezogenen als vielmehr der sozial orientierten Stadterneuerung der Wohnquartiere, ist, wie weit die neuen Organisationen, z.B. die *arquitectos de la comunidad* zusammen mit den lokalen *consejos populares*, den sozialen Mikrobrigaden und weiteren Selbsthilfe-Zusammenschlüssen von kleineren Bewohnergruppen in Quartieren oder Straßenzügen eine lokale ökonomische Basis aufbauen können, die tragfähig wäre, um Einkommen zu schaffen und den Wohnungsbestand zu verbessern. Dabei könnte zum einen an eine gewisse Subsistenzwirtschaft zur Verbesserung des eigenen Verbrauchs gedacht werden (z.B. über Gärten und Kleinviehhaltung) und zum zweiten an die Möglichkeit der Vermarktung bestimmter Produkte und Dienstleistungen in die Dollarökonomie (z.B. auch als Zulieferer von "natürlichen" und qualitativ guten Nahrungsmitteln an die Touristen-Hotels), um damit die ohne Dollars nicht erhältlichen spezifischen Baumaterialien (wie Dachdichtungsmaterial, Leitungen u.a.) kaufen zu können. Der Touristensektor in Kuba nutzt weiterhin einen großen Teil seiner Dollareinnahmen, um aus dem Weltmarkt, meist den Industrieländern, Waren wie

Getränke und Gemüse einzuführen. Hier sollte das Prinzip angewandt werden, so wenig wie möglich der Dollareinnahmen wieder nach außen abzugeben, also die nach außen gehenden Faktoren zu minimieren, und gleichzeitig sollten die im Land produzierbaren Waren und Güter maximiert werden. Hier könnten auf der Quartiersebene in der Stadt, aber vor allem auf dem Lande, noch viele Möglichkeiten der qualitativen Zulieferung entwickelt werden, besonders wenn die Organisation des Tourismus in der Hand Kubas bleibt.

Auf sich alleine gestellt und ohne Zuschüsse des Staates wäre es für die ärmeren Stadtquartiere wohl nur möglich, auf relativ niedrigem Standard weiterzumachen. Um einer verstärkten Segregation auf der Ebene der Haushalte und in den Quartieren entgegenzutreten, wäre eine gezielte Zulieferung von Baumaterialien zu empfehlen, die über Mittel aus dem staatlichen Tourismus oder anderer Devisen erwirtschaftender Staatssektoren beschafft werden müssten. Die Produktion energiesparender Baumaterialien und anderer lokal herstellbarer Produkte sollte auch mit Hilfe kubanischer Universitäten und ausländischer NROs systematisch entwickelt, koordiniert gefördert und betrieben werden.

Zuletzt und als eine der wichtigsten Aufgaben wäre es nötig, ein Steuersystem einzuführen, das den Munizipien und Stadtteilen mit ihren *consejos populares* und den inzwischen aufgebauten zusätzlichen Strukturen die bisher vorenthaltenen Mittel, vor allem für die Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Baubestandes, zur Verfügung stellen würde.

## Literaturverzeichnis

- Anders, S./Beckmann, R. (1999): *Wohnraumversorgung in La Habana am Beispiel von Las Cañas*. AS-Projektbericht im Studiengang Städtebau/Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg.
- Bähr, Jürgen/Mertins, Günter (1989): "Regionalpolitik und -entwicklung in Kuba 1959-89". In: *Geographische Rundschau*, 41.1: 4-13.
- Burchardt, Hans-Jürgen (1999): *Kuba. Im Herbst des Patriarchen*. Stuttgart.
- Coyula, Mario (1985a): "Housing, urban renovation and Popular Power. Some aspects concerning Havana". In: *Trialog*, 6: 35-40.
- (1985b): "Havanna: Vom Verfall zum Generalplan 2000". In: Huismann, Willi/ Kröger, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Cuba. Ein politisches Reisebuch*. Hamburg, S. 215-223.
- (1986): "Renovación urbana y Poder Popular: Algunas consideraciones sobre La Habana". In: Harms, Hans/Zschaebitz, Ulrich (Hrsg.): *International Conference – Urban Renewal and Housing for low-income groups in metropolitan areas of Latin America*.



- Arbeitsbereich: Städtebau, objektbezogene Stadtplanung im Forschungsschwerpunkt 6 TU Hamburg-Harburg, vol. II, Hamburg, S. 181-198.
- (1994): “Über die Kunst, verloren gegangene Stadtqualitäten wiederzufinden”. In: Mathéy, Kosta (Hrsg.): *Phänomen Cuba. Alternative Wege in Architektur, Stadtentwicklung und Ökologie* (Karlsruher Städtebauliche Schriften 2), Karlsruhe, S. 49-54.
- Dilla, Haroldo (1995): “Los municipios cubanos y los retos del futuro”. In: *Comunidad*, 4: 69-72, Havanna: Instituto de Planificación Física.
- Eckstein, Susan (1977): “The debourgeoisement of Cuban Cities”. In: Horowitz, I. L. (Hrsg.): *Cuban Commission*. New Brunswick, N.J.: Transaction Books, S. 443-474.
- Gormsen, Erdmann (1986): “Interessenkonflikte bei der Stadterneuerung lateinamerikanischer Kolonialstädte”. In: Kohut, Karl (Hrsg.): *Die Metropolen in Lateinamerika – Hoffnung und Bedrohung für den Menschen* (Eichstätter Beiträge 18), Regensburg, S. 207-225.
- Habitat-Cuba (1999): “Informe anual 1999”. Objetivos de trabajo para el 2000 (Selma Díaz).
- (2000): Habitat-Cuba. Sociedad para la Vivienda y el Urbanismo: “Estrategia de Desarrollo”.
- Harms, Hans (1995): “Innerstädtische Mietquartiere lateinamerikanischer Großstädte im Wandel – Das Beispiel Lima”. In: *Jahrbuch Stadterneuerung*. Berlin: Technische Universität, S. 246-268.
- (1997): “To live in the city center: housing and tenants in central neighborhoods of Latin American cities”. In: *Environment and Urbanization*, vol. 9, no. 2. Oct. 1997, S. 191-212.
- (1988): “Dezentralisierung als Programm. Erfahrungen in Lateinamerika”. In: *Der Überblick* 4: 12-14.
- (2000): Buchrezension: Roberto Segre, Mario Coyula und Joseph L. Scarpaci, *Havana: Two faces of the Antillean Metropolis*. Chichester, U.K./New York/ Weinheim. In: *Jahrbuch Stadterneuerung*. S. 409-418.
- Harms, Hans/Zschaebitz, Ulrich (Hrsg.) (1986a): *Proceedings of International Conference, Urban Renewal and housing for low-income groups in Metropolitan areas of Latin-America*, 12.-17. Febr. 1985, Bd. 24.
- (1986b): *Proceedings of International Conference, Urban Renewal and housing for low-income groups in Metropolitan areas of Latin-America*, 12.-17. Febr. 1985, Bd. 24. – *Neue Tendenzen in der Wohnungspolitik und Wohnraumproduktion in Cuba. Ein Überblick über die Entwicklung*. Arbeitsbereich: Städtebau objektbezogene Stadtplanung im Forschungsschwerpunkt 6. TU Hamburg-Harburg, Bd. 27, Hamburg.
- (1987): *Nuevas tendencias en la política habitacional y la producción de viviendas en Cuba. Panorama de su desarrollo. – Neue Tendenzen in der Wohnungspolitik und Wohnraumproduktion in Cuba. Ein Überblick über die Entwicklung*. Arbeitsbereich: Städtebau, objektbezogene Stadtplanung im Forschungsschwerpunkt 6. TU Hamburg-Harburg, Bd. 27, Hamburg.
- Harms, Hans/Ludena, Wiley/Pfeiffer, Peter (1996): *Vivir en el centro. Vivienda e inquilinato en los barrios céntricos de las Metrópolis de América Latina*. Technische Universität Hamburg-Harburg, AB 1-07 Hamburg. Städtebau, Stadtökologie und Wohnungswesen.
- Henkel, Knut (1999): “Habana Vieja – Altstadtsanierung auf Kubanisch. Bemühungen um ein Stück Weltkulturerbe”. In: *Neue Zürcher Zeitung*. Nr. 31 (8. 2. 1999), S. 27.

- Leal, Eusebio (1998): "Social targets versus economic needs. Which compromises are being accepted for the restoration of Old Havana?" Interview by Hans-Peter Wagner. In: *Trialog*, 58: 21-22.
- Mathéy, Kosta (Hrsg.) (1994): *Phänomen Cuba. Alternative Wege in Architektur, Stadtentwicklung und Ökologie* (Karlsruher Städtebauliche Schriften 2), Karlsruhe.
- Nickel, Annegret (1989): "Die Altstadt von La Habana. Wohnsituation und Konzepte der Altstadterneuerung". In: *Geographische Rundschau*, 41.1: 14-21.
- Ortega Morales, Lourdes (1996): "La Habana, Barrio de Atares". In: Harms, H./Ludena, W./Pfeiffer, P. (Hrsg.): *Vivir en el "centro"*. S. 95-134.
- Rey-Rodríguez, Georgina (1988): *Havanna. Für eine humanere, schönere und funktionellere Stadt* (übersetztes Dokument).
- Sack, Kerstin (1994): *Lokale Planung am Beispiel der Stadtteilwerkstatt in Cayo Hueso, Habana, Cuba*. (Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Fakultät für Raumplanung der Universität Dortmund).
- Segre, Roberto/Coyula, Mario/Scarpaci, Joseph L. (1997): *Two faces of the Antillean Metropolis*. Chichester, U.K./New York/Weinheim.
- Widderich, Sönke (1997): *Möglichkeiten und Grenzen der Sanierung des Historischen Zentrums von Havanna, Cuba*. Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung. Universität Kiel, Geographisches Institut.
- Wolff, K. (u.a.) (1993): *Ein steiniger Weg – Stadterneuerung in La Habana/Cuba: Der Barrio Cayo Hueso*. Projektbericht Nr. 26, hrsg. vom Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin. Berlin.
- Zschaebitz, Ulrich/Lesta, Francisco (1988): *Construcción por esfuerzo propio en Ciudad de La Habana hasta 1985: Algunos alcances para su estudio tipológico*. Arbeitsbereich Städtebau, objektbezogene Stadtplanung im FSP 6. TU Hamburg-Harburg. Bd. 36, Hamburg.
- (1990): *Actas de Atares. Entrevistas, conversaciones. Rehabilitación urbana de barrios en La Habana, Cuba*. Hamburg, TU Hamburg-Harburg.